

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Jetzt investieren

Warum Staat und Unternehmen handeln müssen



Für Demokratie und Offenheit

So engagiert sich der Betriebsrat bei Siemens



Werkstattbericht

Ein Vorgeschmack auf die Labora im September

DER NEWSLETTER VOM MAGAZIN



ERSCHEINT **6 X** IM JAHR

Das Magazin Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung

Reportagen und Berichte aus dem Alltag von Betriebs- und Aufsichtsräten, Beiträge aus Forschung und Gewerkschaften.

Jetzt abonnieren unter: <https://www.boeckler.de/de/116070.htm>



Foto: Jan Rathke

LIEBE LESER*INNEN,

Das Bundeskabinett hat am 17. Juli 2024 den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 beschlossen. Bei dem Kompromiss kann man zwar nicht von einem großen Wurf sprechen, aber immerhin ist – insbesondere auch mit Blick auf Investitionen – der befürchtete Sparhaushalt ausgeblieben.

Das Bahn-Chaos rund um die Fußball-EM und der Ärger vieler ausländischer Fans darüber, dass man in unseren Stadien nicht überall bargeldlos zahlen kann, hat Deutschlands Schwächen schonungslos offenbart. Der Erhalt der bestehenden Infrastruktur, der Auf- und Ausbau neuer Infrastrukturen zur Bekämpfung des Klimawandels und neuer geopolitischer Bedrohungslagen sowie eine überfällige Bildungsoffensive sind nicht zum Nulltarif zu haben. Diese Investitionen sind existentiell. Das Wohlergehen der Menschen, die hier leben, beruht auf einer starken Wirtschaft. Die Berichte zu angedrohten oder geplanten Verlagerungen verdeutlichen: Es ist höchste Zeit, dass sich was ändert.

Dies sind wir auch den künftigen Generationen schuldig. Wir sollten uns dafür stark machen, dass auch sie – wie meine Generation in Ost und West (siehe auch: Porträt von Nancy Böhning, Seite 38f.) – in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können.

Herzlichst grüßt Eure/Ihre

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp:

„Siemensianer zeigen
Flagge für Vielfalt“ von
Stefan Scheytt (Seite 40ff.)

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: INVESTITIONEN

- 10** **Wo die Investitionen gebraucht werden**
Eine Deutschlandreise dorthin, wo Geld fehlt. Von Fabienne Melzer
- 18** **600 Milliarden braucht das Land**
Warum der Staat mehr investieren muss. Von Sebastian Dullien
- 22** **Für Europa wird die Zeit knapp**
Im globalen Förderwettbewerb könnten heimische Batterieprojekte den Kürzeren ziehen. Von Andreas Molitor
- 24** **Nicht um jeden Preis**
Wie Betriebsräte um Investitionen in Standorte kämpfen.
Von Sophie Deistler und Stefan Scheytt
- 30** **„Da gibt es nichts zu feiern, das ist Tagesgeschäft“**
Martin Burkert und Thomas Brandt über den Zustand der Bahn



ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

- 34** **Legal, illegal, ganz egal**
Wie Firmen die gesetzliche Mitbestimmung aushebeln. Von Kay Meiners
- 38** **Engagiert für den Osten**
Nancy Böhning, Aufsichtsrätin bei GEA. Von Martin Kaluza
- 40** **Siemensianer zeigen Flagge für Vielfalt**
So engagiert sich der Betriebsrat gegen Extremismus.
Von Stefan Scheytt
- 43** **Praxistipp**
Arbeit im Außendienst – gut reguliert. Von Fabienne Melzer



POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 44** **Lücken mit Lösungen füllen**
Ein Werkstattbericht zur Labora im September. Von Gunnar Hinck

IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Meinungen

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Investitionen



52 EVA KOCHER ist Juristin und bekennende Feministin. Sie lehrt in Frankfurt an der Oder bürgerliches Recht.

54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Laurens Brandt über die Diskussion zur Einschränkung des Streikrechts in systemrelevanten Berufen

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Maurice Conrad & Bruneau: CSD in Sonneberg

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Es nehmen, wie es kommt

Am Tag zuvor hatte ich noch mit den Kollegen der EVG über 100 Jahre alte Stellwerke gesprochen, die dringend modernisiert werden müssen. Nun saß ich in Fulda am Bahnhof und wartete vergeblich auf einen Zug nach Leipzig. Nichts kam, nichts fuhr. Grund: ein defektes Stellwerk. Von Leipzig sollte es weiter nach Pegau gehen. Dort war ich zum Gespräch über fehlende Investitionen am Bahnhof verabredet. Mein ursprünglicher Anschlusszug war nicht mehr zu erreichen, obwohl ich 40 Minuten Umsteigezeit eingeplant hatte. Vielleicht, hoffte ich, würde ich mit dem nächsten Zug gar nicht so viel später kommen. Doch die App zeigte mir den nächsten Anschluss eine Stunde und den übernächsten zwei Stunden später an. Ein Zug pro Stunde in einen Ort, den man sicher noch zum Großraum Leipzig zählen kann? Ach, richtig, das war ja der Grund, warum wir dort über Investitionen sprechen wollten. Die Rückfahrt verlief dann ohne Probleme. Ich hatte keine Eile und keinen Termin. Nahm einfach den nächsten Zug und kam irgendwann an. Bahnfahren ist total entspannt, wenn man nichts plant und einfach nimmt, was kommt.



FABIENNE MELZER ist leitende Redakteurin des Magazins Mitbestimmung.



Foto: mauritius images / Antonio Balasco / Alamy

Wut und Trauer in Italien

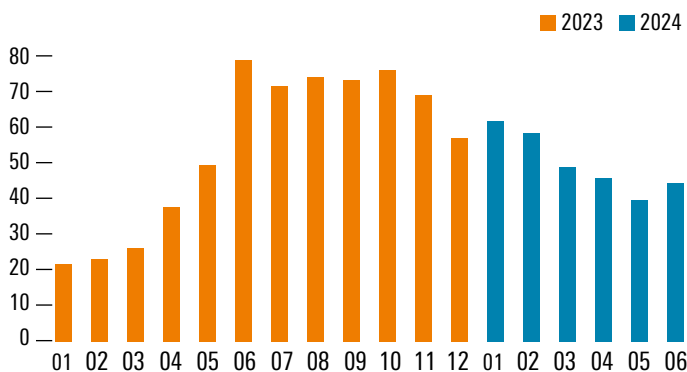
„Gerechtigkeit für Satnam Singh“ steht auf dem Protestplakat. Der 31-jährige indische Erntehelfer, der auf einem Melonenfeld in der Nähe von Rom arbeitete, starb Mitte Juni im Krankenhaus. Zwei Tage zuvor hatte ihm bei einem Unfall eine Erntemaschine einen Arm abgerissen und beide Beine gebrochen. Der italienische Farmbesitzer ließ den Schwerstverletzten nach dem Unfall ohne Erste Hilfe mit

dem Auto einfach vor seiner Unterkunft abladen, eine Obstkiste mit dem abgetrennten Arm lag daneben. Das Schicksal von Satnam Singh hat heftige gewerkschaftliche Proteste gegen die sklaviereähnlichen Arbeitsbedingungen auf italienischen Obstplantagen, Gemüsegeldern und Weingütern ausgelöst. Hungerlöhne und extrem lange Arbeitszeiten sind dort nach wie vor an der Tagesordnung. ■

KONJUNKTURPROGNOSE

Leichte Eintrübung

Rezessionswahrscheinlichkeit in den kommenden drei Monaten laut IMK-Konjunkturindikator, in Prozent



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Juli 2024

LIEFERKETTENGESETZ

Transportlogistik besonders anfällig

Der Streik von Lkw-Fahrern an der Raststätte in Gräfenhausen im vergangenen Jahr hat vor Augen geführt, dass Ausbeutung und Verstöße gegen Menschenrechte entlang der Transportlieferketten auch in Deutschland stattfinden. Eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie zeigt, wie empfänglich die Transportlogistik für derartige Missstände ist. Mehr als die Hälfte der Transportleistungen in Deutschland wird mittlerweile von ausländischen Unternehmen erbracht, die in vielen Fällen nicht den Schutzbestimmungen des Lieferkettengesetzes unterliegen. Auch fielen insgesamt Konsequenzen für Unternehmen bisher relativ gering aus. Ändern könnte sich dies mit Einführung der EU-Lieferkettenrichtlinie, die stärkere Sanktionen bei Verstößen vorsieht. ■

Quelle: Veronique Helwing-Hentschel/Martin Franz/Philip Verfürth: Sorgfaltspflicht in Transportlieferketten. Working Paper Forschungsförderung Nr. 343, Juli 2024

BETRIEBSRÄTEVERGÜTUNG

Mehr Rechtssicherheit

Für mehr Klarheit und Transparenz sorgt die vor der parlamentarischen Sommerpause vom Bundestag beschlossene Gesetzesänderung zur Vergütung von Betriebsräten. In der Vergangenheit hatte es in vielen Unternehmen Streit um die angemessene Vergütung gegeben, zahlreiche Gerichtsverfahren waren die Folge („Betriebsratsvergütung – eine Frage der Gerechtigkeit“, Mitbestimmung 1/2024, S. 55). Die Novelle stellt sicher, dass das Arbeitsentgelt von Betriebsratsmitgliedern nicht geringer ist als das Gehalt vergleichbarer Beschäftigter. Allerdings bleibt auch eine Begünstigung weiterhin gesetzlich untersagt. „Dass die Betriebsratsvergütung mit der Reform endlich etwas rechtssicherer ausgestaltet wird, entspricht den Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“, kommentiert Ernesto Klengel, Direktor des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeits- und Sozialrecht der Hans-Böckler-Stiftung. Ob die Neufassung für Rechtsfrieden sorgt, bleibe abzuwarten. Für Betriebsräte sei es „noch immer schwierig, die gesetzlich angemessene Vergütung geltend zu machen, wenn der Arbeitgeber diese einseitig verweigert“.

OUTSOURCING - INSOURCING

Gute Argumente gesucht

Seit die Pandemie gezeigt hat, wie anfällig Lieferketten sind, wird viel über Insourcing gesprochen, die Rückverlagerung von Produktion oder Dienstleistungen ins Unternehmen. In die Tat umgesetzt wird das allerdings recht selten, wie eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie zeigt. Während lediglich 28 Prozent der befragten Unternehmen angaben, in den vergangenen Jahren Leistungen zurückgeholt zu haben, erklärten 33 Prozent, dass sie Teile ausgegliedert hätten. Beim Insourcing wurden drei Viertel der zurückgeholten Leistungen zuvor in Deutschland erbracht. Einmal aus Deutschland abgezogene Produktion wird also nur selten wieder zurückverlagert. Die Begründungen des Managements für oder gegen In- oder Outsourcing seien häufig von einer gewissen Beliebigkeit geprägt, erklären die Autoren. Mit guten Argumenten könnten Betriebsräte durchaus Einfluss nehmen oder den Wiedereingliederungsprozess sogar initiieren – auch gemeinsam mit Akteuren ähnlicher Interessenlage, beispielsweise aus dem mittleren Management.

Sandra Jaworeck/Markus Hertwig/Carsten Wirth: Insourcing im Verarbeitenden Gewerbe. WSI-Mitteilungen 2/2024

26
Millionen

Beschäftigte in Deutschland erhielten in den vergangenen zwei Jahren eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie und wurden dadurch in Zeiten enormer Energiepreissteigerungen finanziell entlastet. Das Gesamtvolumen der Entlastung betrug rund 52 Milliarden Euro, so eine Schätzung des IMK. Beschäftigte tarifgebundener Unternehmen sowie Firmen mit Betriebsrat kamen deutlich häufiger in den Genuss der Ausgleichszahlung als Beschäftigte nicht tarifgebundener Betriebe ohne Arbeitnehmervertretung.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 171, Juli 2024

WISSEN SIE ...

... dass jährlich mehr als 52 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen? Das entspricht einer Quote von 6,9 Prozent. Diese Zahlen für das Jahr 2022 nennt der Nationale Bildungsbericht 2024. Maike Finne, die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), fordert entschlossene Maßnahmen: „Wenn wir nicht aktiv gegen soziale Ungleichheit vorgehen, werden wir eine weitere Verschärfung der gesellschaftlichen Spaltung erleben.“

EINE FRAGE, HERR JELINSKI



Foto: privat

Warum braucht die Sozialarbeit ein Zeugnisverweigerungsrecht?

Unsere Kolleginnen und Kollegen des Fanprojekts in Karlsruhe bekamen jüngst Strafbefehle, weil sie angeblich wüssten, wer hinter einer Pyrotechnik-Aktion im Stadion steckt. Der Vorwurf: Strafvareitelung.

Wir setzen uns in einem breiten Bündnis dafür ein, dass die Sozialarbeit in der Strafprozessordnung ein Recht auf Zeugnisverweigerung bekommt. In den Stadien und deren Umkreis arbeiten wir mit Menschen – meist jungen Männern –, die manchmal Probleme machen und Probleme haben. Sobald sie auch nur vermuten, dass wir mit der Polizei kooperieren, kommen wir nicht mehr an sie heran.

Damit ginge ein Zugang verloren, ohne den es weit weniger friedlich zugeht. Wir sind oft die Einzigen, die Menschen, zu deren Selbstbild ein nicht immer gesellschaftskompatibles Regelwerk gehört, demokratische Umgangsformen und Werte vermitteln.

THOMAS JELINSKI ist Pädagogischer Mitarbeiter des Fanprojekts der Sportjugend Berlin.

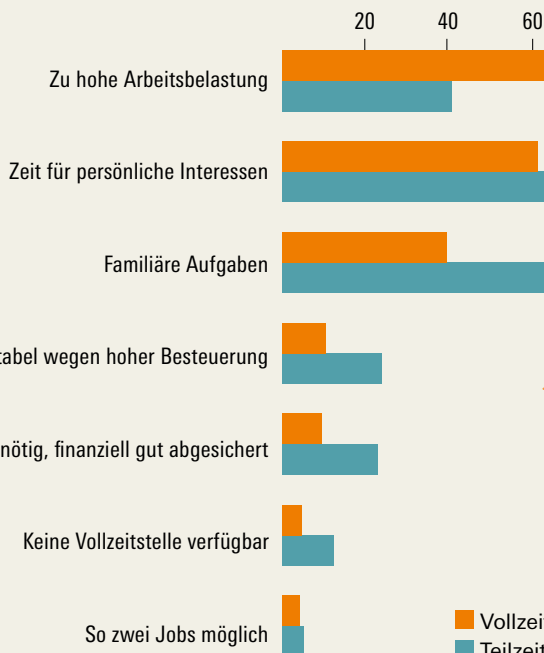
Flucht vor dem Stress in die Teilzeit

KITA Geschlossene Gruppen, verkürzte Öffnungszeiten – Eltern spüren schon lange, dass in der Kita das Personal knapp ist. Besserung ist kaum in Sicht, zumal viele Beschäftigte lieber kürzen arbeiten würden. Der häufigste Grund: die hohe Arbeitsbelastung.

Von Fabienne Melzer

Gründe für Teilzeit unterscheiden sich

Vollzeitbeschäftigte, die sich Teilzeit wünschen, nennen als häufigsten Grund die hohe Arbeitsbelastung, Teilzeitbeschäftigte dagegen familiäre Aufgaben.



Gründe für Teilzeit bei Vollzeitbeschäftigten mit Teilzeitwunsch und bereits in Teilzeit Beschäftigten

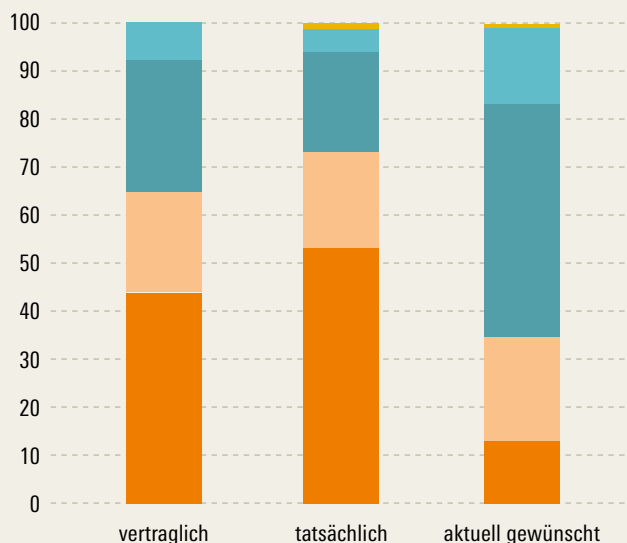


Wunsch und Wirklichkeit

Vertragliche, tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeiten im Vergleich (in Prozent)

Nur ein Beschäftigter von sieben will voll arbeiten

- Vollzeit (38 Stunden und mehr)
- Vollzeit (32 Stunden bis unter 38 Stunden)
- Teilzeit hoch (21 bis unter 32 Stunden)
- Teilzeit niedrig (10 bis unter 21 Stunden)
- Geringfügig (unter 10 Stunden)



Quelle: Nina Weimann-Sandig/Bernhard Kalicki: Nur Teilzeit in der Kita? Arbeitszeitumfang und Beschäftigungspotenziale in der Kindertagesbetreuung. Working Paper Forschungsförderung Nr. 331, Mai 2024

Brauchen wir eine Vermögensteuer?



Foto: Fräulein-Fotograf

JA.

Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und der Klimawandel verursachen hohe gesellschaftliche Kosten, die wir stemmen müssen, ohne dass es zu sozialen Verwerfungen kommt. Die Vermögensteuer bietet die Möglichkeit, einen Teil der Last auf die stärkeren Schultern der Gesellschaft zu verteilen.

Die Verfassung erlaubt eine Vermögensteuer nicht nur, sie gebietet sie inzwischen sogar. In einem von uns geförderten Gutachten weist Alexander Thiele, Professor für Staatstheorie und öffentliches Recht an der Hochschule für Management und Recht in Berlin, darauf hin: Wenn man sich anschaut, wie ungleich Vermögen verteilt ist und wie groß der Finanzbedarf des Staates ist, hilft eine Vermögensteuer, grundlegende Prinzipien der Verfassung zu verwirklichen.

Denn sie schafft mehr Steuergerechtigkeit: Wenn jemand neben seinem Einkommen Millionen in Aktien angelegt hat, ist er leistungsfähiger als jemand, der nur ein Einkommen aus seiner Arbeitskraft bezieht. Außerdem muss der Gesetzgeber einschreiten, wenn das Ausmaß der Ungleichheit nicht mehr zu rechtfertigen ist, denn es gefährdet die Demokratie. Wie groß das Ausmaß ist, zeigte eine andere, von uns geförderte Studie vom Netzwerk Steuergerechtigkeit. Danach gibt es mehr Milliardenvermögen in Deutschland, als bislang angenommen. Auch wurden die Supervermögen unterschätzt: Ihr Wert dürfte statt rund 900 Milliarden etwa 1400 Milliarden Euro umfassen. ■

CHRISTINA SCHILDMANN ist Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.



Foto: impress picture / Buddy Bartelsen

NEIN.

Am Ende wäre weniger und nicht mehr Geld in der Staatskasse. Bei einer zweiprozentigen Vermögensteuer müsse er Deutschland verlassen, sagte Milliardär Hasso Plattner – bis vor Kurzem noch SAP-Aufsichtsratschef – 2019 in einem FAZ-Interview. Man mag das für eine leere Drohung halten. Man kann aber auch nach Frankreich schauen. Dort haben wegen der Vermögensteuer innerhalb von 15 Jahren rund 10 000 Millionäre das Land verlassen. Der damalige französische Premierminister sprach von einer „Verarmung“ des Landes. Als Konsequenz wird die Vermögensteuer dort seit 2018 nur noch auf große Vermögen erhoben.

Gegen die Vermögensteuer sprechen aber nicht nur praktische, sondern auch theoretische Gründe. Eine große Studie im Auftrag des Wirtschaftsministeriums hat 2017 die fiskalischen Auswirkungen verschiedener Varianten der Vermögensteuer in Deutschland abgeschätzt. Die Ergebnisse waren eindeutig: Vermögensteuern würden Beschäftigung, Produktion, Konsum und damit das Bruttoinlandsprodukt senken. Das Aufkommen der Einkommen- und Umsatzsteuer, aber auch anderer Steuern, würde langfristig stark sinken. Trotz Mehreinnahmen aus der Vermögensteuer käme es per Saldo zu Steuermindereinnahmen zwischen 24 und 31 Milliarden Euro jährlich. Kurzum: Eine Vermögensteuer mag zwar gut gemeint sein, ein gesamtgesellschaftliches Minusgeschäft kann aber niemand wollen. ■

MATTHIAS WARNEKE ist Leiter des Deutschen Steuerzahlerinstituts des Bundes der Steuerzahler.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de



Krefeld/
Düsseldorf



Foto: Stephen Petrat

WO DIE INVESTITIONEN GEBRAUCHT WERDEN

REISE DURCH DEUTSCHLAND 600 Milliarden Euro zusätzlich braucht das Land bis 2034 für öffentliche Investitionen, hat das IMK gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft berechnet. Ein Besuch im Westen, Süden und Osten, wo das Geld dringend gebraucht wird.

Von Fabienne Melzer

Foto: Karla Schröder

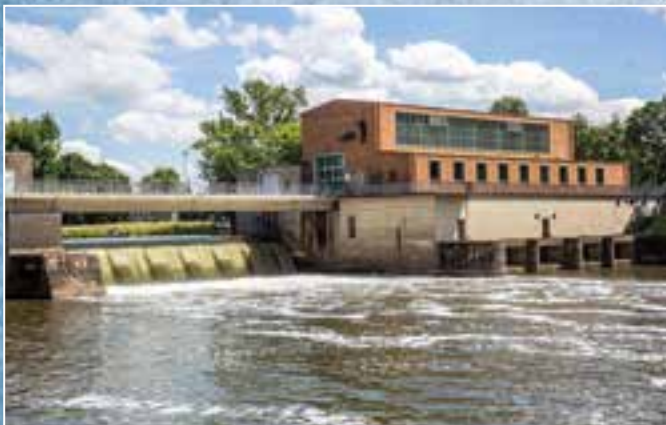


Pegau



Schweinfurt

Foto: Karsten Schöne



In der Region Dortmund-Hellweg hat der DGB in diesem Jahr einen Kalender mit Bildern zum Zustand des Landes gedruckt. Das Bild im September zeigt einen Spielzeugbus auf grauem Asphalt. Darunter steht: „Nicht alles mit 18 Löchern ist ein Golfplatz.“ Nein, es könnte auch die Rosenstraße in Krefeld sein. Hier reiht sich ein Schlagloch an das nächste, sammelt sich Wasser zu kleinen Seen auf der Straße und auf dem Radweg. Klaus Churt, Organisationssekretär beim DGB

in Düsseldorf, lebt seit über 20 Jahren in der Stadt. Er kann sich nicht erinnern, dass die Straßen einmal besser aussahen. Mehr als die Hälfte der Straßen in Krefeld seien in einem ähnlichen Zustand.

Wer nach den Gründen für die große Zahl der Schlaglöcher in Krefelds Straßen sucht, muss ein Stück in die Vergangenheit reisen. In der Region am Niederrhein dominierte lange Zeit die Textilindustrie. Ihr Niedergang Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre setzte eine Abwärtsspirale in Gang. Die hohe Arbeitslosigkeit belastete die Kommune durch Sozialausgaben und ließ gleichzeitig die Steuereinnahmen sinken. Das Geld für Investitionen in die Infrastruktur fehlte und machte den Standort von Jahr zu Jahr unattraktiver für Investoren. Die Stadt kam unter Haushaltssicherung, die erst nach 25 Jahren im September 2021 aufgehoben wurde.

Ein Vierteljahrhundert Sparen hat sich im Stadtbild niedergeschlagen – als Schlaglöcher in den Straßen, in blätternden Fassaden und einer Arbeitslosenquote, die sich hartnäckig bei zehn Prozent hält. „Die Lebensqualität in Krefeld ist gesunken“, sagt Churt.

Churt sieht noch andere Ursachen. Die Stadt leide wie andere darunter, dass der Bund immer wieder Dinge beschließt, die die Kommunen bezahlen müssen, etwa den Ausbau der Ganztagsbetreuung. Für Klaus Churt braucht es zwei Dinge, um Städte wie Krefeld wieder handlungsfähig zu machen: „Als DGB fordern wir seit Langem einen Altschuldenfonds, um die Kommunen zu entschulden. Und der Bund muss für seine Beschlüsse auch die Finanzierung übernehmen nach dem Prinzip: Wer bestellt, bezahlt.“

Wer es sich noch leisten kann

Nur eine knappe halbe Stunde Bahnfahrt von Krefeld entfernt liegt die Landeshauptstadt Düsseldorf. Ein Städteranking nennt sie wohlhabend. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von gut 87.000 Euro pro Einwohner liegt sie unter den Städten in Deutschland ziemlich weit vorn. Geldsorgen plagen Düsseldorf also nicht unbedingt. Dennoch schneidet die Stadt bei der Lebenszufriedenheit nur durchschnittlich ab. Das könnte auch am Wohnungsmarkt liegen.

Denn Wohnen muss man sich in Düsseldorf leisten können. Auch Klaus Churt zog vor über 20 Jahren aus Düsseldorf fort. Die damals ►

► junge Familie brauchte Platz, der schon Ende der 1990er Jahre in Düsseldorf teuer war. Geändert hat sich daran nichts. Allein zwischen 2016 und 2024 stieg der Quadratmeterpreis für Mietwohnungen in Düsseldorf um fast ein Drittel. Hans-Jochem Witzke, Vorsitzender des Mietervereins Düsseldorf, schätzt, dass jeder Zweite in Düsseldorf Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat. „Es gibt aber nicht mal für jeden Zwanzigsten eine geförderte Wohnung“, sagt Witzke.

Düsseldorf steht mit diesem Problem nicht allein da. Knapp die Hälfte der rund acht Millionen Mieterhaushalte in deutschen Großstädten geben 30 Prozent oder mehr ihres Einkommens für Miete aus. Laut Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fehlen bundesweit zwischen 800 000 und eine Million bezahlbare Wohnungen. Jonathan Diesselhorst, Referatsleiter Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der IG BAU, begrüßt das Ziel der Bundesregierung, jährlich 100 000 geförderte Wohnungen neu zu bauen. „Das Problem ist nur, dass sie das Ziel nicht erreicht“, sagt Diesselhorst.

Seit Jahrzehnten fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue nachkommen. Ihre Zahl sank allein in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen beiden Jahrzehnten von rund einer Million auf 434 000 Anfang 2024. In den 1990er und 2000er Jahren wurden viele gemeinnützige Wohnungsgesellschaften privatisiert, und Unternehmen verkauften ihre Werkswohnungen. Der Bestand an bezahlbaren Wohnungen schrumpfte zusammen.

Gerade deshalb kann DGB-Mann Churt es nicht verstehen, dass Grundstücke jahrelang brachliegen wie das Gelände des ehemaligen



Verteilzentrums der Deutschen Post gleich hinter dem Düsseldorfer Bahnhof. Ein Loch von der Größe von fast dreieinhalb Fußballfeldern klafft hier mitten in der Stadt. Ein paar Zeltplanen, erinnern daran, dass sich hier eine Zeit lang obdachlose Menschen niedergelassen hatten, bis das Grundstück Ende 2023 geräumt wurde.

Nach mehreren Verkäufen gehört das Gelände der Adler-Gruppe, einem luxemburgischen Immobilienunternehmen. Rund 1000 Wohnun-

”

Die Löcher werden jedes Jahr notdürftig geflickt und reißen immer wieder neu auf.“

KLAUS CHURT, Organisationssekretär beim DGB in Düsseldorf



Foto: Stephen Petrat

Klaus Churt vor dem Gelände des ehemaligen Verteilzentrums hinter dem Düsseldorfer Bahnhof. Bereits 2018 sollte hier der Bau von rund 1000 Wohnungen starten.

gen und 150 Sozialwohnungen sollten hier entstehen, geplanter Start 2018. Doch bislang steht nur der Block mit knapp 150 Sozialwohnungen. „Die Adler-Gruppe hat das Grundstück überbewertet“, erklärt Witzke. „Wenn sie es zum Verkehrswert verkaufen würden, müssten sie ihre Bücher korrigieren.“ Und das ist nicht die einzige Branche in Düsseldorf. Das alte Glasmacherviertel, das ebenfalls der Adler-Gruppe gehört, sollte schon vor 20 Jahren bebaut werden. Auch die ehemalige Kaserne in Hubbelrath steht schon lange leer.

Klaus Churt vom DGB kann zwar verstehen, wenn Kommunen aus der Not heraus Grundstücke verkaufen. „Aber Düsseldorf hat ohne Not an Investoren verkauft“, sagt Churt. Selbst bei knappen Kassen könnten die Kommunen an den Verkauf zumindest Bedingungen knüpfen. Die Städte verfügen durchaus über Stellschrauben, mit denen sie Wohnen bezahlbar machen können. Beispiel Ulm: Die Stadt besitzt rund ein Drittel ihrer Stadtfläche, ein Bebauungsplan wird erst erstellt, wenn alle Flächen im Besitz

der Stadt sind, die sich bei jedem Verkauf ein Rückkaufrecht sichert. Bodenspekulanten haben hier schlechte Karten.

Witzke vom Düsseldorfer Mieterbund plädiert dafür, dass die Kommunen wieder mehr eigene Wohnungsgesellschaften betreiben und bezahlbare Wohnungen anbieten. Angesichts der gestiegenen Baukosten, hohen Zinsen und Klimaauflagen könnte man auch die Verfahren vereinfachen, meint Witzke: „Seriell Bauen würde Projekte beschleunigen. Auch KI kann Dinge vereinfachen.“ Doch ohne mehr Geld wird es nicht gehen, denkt Jonathan Diesselhorst von der IG BAU. Neben Instrumenten wie der Wiedereinführung von Wohngemeinnützigkeit oder einem Widmungsrecht für sozialen Wohnungsbau schlägt die Gewerkschaft ein Sondervermögen von 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau für vier Jahre vor.

Als Gewerkschafter sieht Klaus Churt nicht nur die Verdrängung von Menschen aus ihren ehemals angestammten Quartieren als Problem. Steigende Mieten fressen auch gewerkschaftlich erkämpfte Lohnerhöhungen auf. Wer aus der Stadt zieht, pendelt länger zur Arbeit und hat weniger von einer verkürzten Arbeitszeit.

Zeit, dass sich mehr dreht

Wenn sich irgendwo auf der Welt etwas dreht, hat das sehr wahrscheinlich auch mit Schweinfurt zu tun. Räder von Autos und Zügen oder Windräder drehen sich mit Wälz- und Kugellagern aus Unterfranken. Unternehmen wie ZF, Schaeffler oder SKF prägen die Stadt und ihre Finanzkraft. Und es lief lange gut, die Einnahmen aus den Gewerbesteuern sprudelten, und die Rücklagen der Stadt wuchsen. ►



Fast alle Unternehmen in der Region bauen inzwischen Arbeitsplätze ab.“

FRANK FIRSCHING, Regionsgeschäftsführer des DGB in Unterfranken

► Frank Firsching, Regionsgeschäftsführer des DGB in Unterfranken, blickt dennoch kritisch auf die Politik seiner Heimatstadt: „Man hat sich gerühmt, dass man keine Schulden hat, aber einfach zu wenig investiert.“ Die Stadt habe die Sanierung der Brücken von einem Jahr ins nächste verschoben, und auch beim Ausbau der Kinderbetreuung sei zu wenig passiert. „Diese Politik fällt ihnen nun auf die Füße“, sagt Firsching, der auch im Stadtrat sitzt.

Denn seit ein paar Jahr fließen die Gewerbesteuern nicht mehr so üppig. Lagen die Einnahmen vor der Pandemie jährlich zwischen 60 und 75 Millionen Euro, spülen sie aktuell noch knapp 40 Millionen Euro in die kommunalen Kassen. Die Rücklagen, auf die die Stadt einst stolz war, sind inzwischen fast aufgebraucht. Der erste Einbruch kam mit der Pandemie. Doch auch nach deren Ende lahmte die Wirtschaft weiter. „Fast alle Unternehmen in der Region bauen inzwischen Arbeitsplätze ab“, sagt Firsching. „Die heimische Wirtschaft leidet unter anderem unter dem zögerlichen Windkraftausbau.“

Darauf hatte etwa der schwedische Wälzlagerhersteller SKF schon recht früh gesetzt. Vor gut 15 Jahren verabschiedete sich das Unternehmen von der starken Abhängigkeit von der Autoindustrie und stieg auf erneuerbare Energien um. Es baute in Schweinfurt ein modernes Testzentrum, in dem Wälzlager für Windräder mit bis zu sechs Metern Durchmesser geprüft werden. Dennoch strich das Unternehmen in den vergangenen beiden Jahren rund 500 Arbeitsplätze, und im Moment bauen die Beschäftigten Zeitkonten ab. Die Situation beschreibt Sebastian Witzel,

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von SKF, etwas überspitzt: „Wir haben die besten technologischen Voraussetzungen, exzellentes Know-how bei unseren Beschäftigten, aber es fehlen derzeit die Aufträge.“ Außenstehende zeigen sich gegenüber Witzel verwundert: „Warum habt ihr trotz sehr guter Voraussetzungen solche Probleme?“

Holger Laschka, Pressesprecher von SKF in Schweinfurt, zählt gleich mehrere Gründe auf. Er nennt die Schwierigkeiten der Windkraftbranche, profitabel zu arbeiten, und den damit verbundenen Kostendruck auf die Zulieferer. Betroffen sei auch das von SKF entwickelte Nautiluslager für einen der größten Anbieter. „Nautilus war unser Brot-und-Butter-Geschäft“, sagt Laschka. Dann wären da noch die Ausschreibungsbedingungen mit einem harten Unterbietungswettbewerb und die geringe Nachfrage auf dem heimischen Markt: „In Europa ist Deutschland für SKF der wichtigste Markt“, sagt Laschka. „Region for region“ laute die Unternehmensphilosophie, erklärt Sebastian Witzel. Gemeint ist: SKF will dort produzieren, wo die Windräder aufgestellt werden. „Da kann sich jeder vorstellen, was es für uns bedeutet, wenn in Deutschland der Ausbau der Windkraft nicht vorankommt“, sagt Witzel. Seiner Ansicht nach müsse aber eine Politik, die erneuerbare Energien mit Staatsmitteln ausbauen will, ein Interesse daran haben, in Deutschland dafür auch die notwendige Fertigungstiefe zu haben.

Ähnlich sieht es auch Frank Firsching: „Wollen wir die Schlüsselindustrie behalten, brauchen wir Investitionen in Industriepolitik.“ Als Vertreter im Stadtrat und Gewerkschafter liegen ihm aber auch gesellschaftliche Fragen am Herzen wie die Kinderbetreuung in seiner Stadt. Bei den Plätzen für unter Dreijährige liegt die Stadt mit einer Versorgungsquote von etwa 31 Prozent nur knapp über dem Landesdurchschnitt. „Wir haben schon 2017 beantragt, bis 2025 zwei Drittel dieser Altersgruppe mit Plätzen zu versorgen“, erzählt Firsching. Der Antrag wurde abgelehnt. Darin stand auch, dass ein Viertel der Plätze in städtischer Trägerschaft sein sollte, denn in Schweinfurt gibt es keine städtische Einrichtung. Die meisten sind in kirchlicher Trägerschaft, und eine Einrichtung gehört zur AWO.



Personalratsvorsitzender beim Wasser- und Schifffahrtsamt Main, Mathias Mayer (oben), sieht in fehlenden Sanierungen auch eine Belastung für die Beschäftigten. Frank Firsching vom DGB in Schweinfurt (unten rechts) verweist auf die geschmolzenen Rücklagen der Stadt. Der schwedische Wälzlaghersteller SKF (unten links) hat früh auf Windkraft gesetzt und jetzt doch Probleme.



Schweinfurt



alle Fotos: Karsten Schöne

„Das heißt aber, dass ich immer einen Partner brauche, um eine Einrichtung zu bauen“, erklärt Firsching. „Wenn ich keinen finde, passiert nichts.“ Da auch die Kirchen sparen, gibt es in Schweinfurt weiter zu wenig Plätze. Das hat soziale Folgen. „Für Alleinerziehende bedeutet das meist, dass sie maximal Teilzeit arbeiten können und dann auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen sind“, sagt Firsching.

Von der Nordsee zum Schwarzen Meer

In Schweinfurt fehlen nicht nur Investitionen in Kitaplätze und marode Brücken, auch der Main, der durch die Stadt fließt, ist an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Der Fluss ist eine wichtige Verkehrsader, ein Verbindungsstück zwischen dem Schwarzen Meer und den Nordseehäfen in Rotterdam. Wenn Mathias Mayer, Vorsitzender des örtlichen Personalrats des Wasser- und ►



Er muss die Kinder von der Kita abholen, das schafft er mit dieser Verbindung nicht.“

RAMONA THIEME, Einwohnerin von Pegau

► Schiffsamts Main (WSA), über die Bedeutung des Gewässers für den Gütertransport spricht, sprudeln die Zahlen nur so aus ihm heraus: 2023 passierten an der Eingangsschleuse Kostheim 11,5 Millionen Tonnen Güter der Binnenschifffahrt und 38 000 Containereinheiten die Zählstelle. Futtermittel, Industriesalze, Chemikalien und klassische Güter der Montanindustrie transportiert der Fluss, er versorgt den Frankfurter Flughafen mit Flugbenzin, und so mancher Schwertransport ließe sich ohne den Main vor der Tür nicht bewerkstelligen, etwa bei Siemens flussaufwärts in Nürnberg. Dort produziert das Unternehmen Hochleistungstransformatoren, die über den Main verschifft werden.

Auch wenn der Fluss so ruhig in der Sonne schimmert, er ist im Grunde eine pulsierende Verkehrsader, die mit viel Technik betrieben wird. 34 Staustufen regeln den Pegel und verhindern, dass der Schiffsverkehr aufgrund von Niedrigwasser eingestellt werden muss. Die Schleusenbauwerke stellen sicher, dass die Schifffahrt den Höhenunterschied von 160 Metern zwischen der Mündung in den Rhein und Bamberg überwinden kann. Die Wehre müssen bei Hochwasser den ungehinderten Abfluss großer Wassermengen sicherstellen. Doch viele Anlagen sind in die Jahre gekommen und müssen saniert werden. „Wir reden hier über Bauwerke aus den 1920er Jahren, einige sind in einem kritischen Zustand“, sagt Mayer. Angesichts der Haushaltsverhandlungen hoffen die Beschäftigten im WSA Main, dass bei der Unterhaltung der Wasserstraßen nicht gespart werden wird. Mayer sieht das WSA Main vor einem Spagat, einerseits sicherheitsrelevante Unterhaltungsmaßnahmen an den Wehren aufzuschieben und andererseits den Betrieb der Schleuse zu gewährleisten.

Rund 750 Menschen – Schlosser, Verwaltungsfachleute, Ingenieure – arbeiten entlang des gut 500 Kilometer langen Flusses und machen die Schifffahrt erst möglich. Der schlechte Zustand einiger Anlagen belastet auch die Beschäftigten zunehmend. „Wir stehen unter einem starken Druck, die Wasserstraße 24 Stunden offen zu halten“, sagt Mayer. „Eine Störung hält den ganzen Verkehr auf, denn auf einem Fluss kann man nicht mal eben abbiegen.“

Störungen müssen schnell behoben werden oder besser gar nicht erst auftreten. Doch dafür müssten die Bauwerke regelmäßig instand gesetzt werden. Von den rund 100 Wehrverschlüssen müssen im Normalfall vier pro Jahr ersetzt werden. „Aufgrund des Investitionsstaus müssten wir die Rate eigentlich erhöhen“, sagt Mayer.

Alles, was für einen sicheren Betrieb notwendig ist, geht derzeit vor. Arbeiten wie der Grünschnitt am Ufer fallen da schon mal unter den Tisch. Personalrat Mayer sieht für die Beschäftigten bereits eine Grenze erreicht, zumal in den vergangenen Jahren bereits Stellen eingespart wurden: „Mit mehr Geld könnten wir im Moment auch nicht mehr Projekte übernehmen. Es fallen dafür ja keine Aufgaben weg.“ Für die Beschäftigten im WSA Main ist daher klar: Es braucht neben Investitionen in die Infrastruktur auch Investitionen ins Personal. „Gerade wenn wir zehn Jahre in die Zukunft blicken, brauchen wir Fachpersonal, das die entstehenden Lücken schließen kann“, sagt Mayer.

Ein Anschluss pro Stunde

Keine 30 Bahnminuten südlich von Leipzig liegt Pegau, eine Kleinstadt im Herzen des Mitteldeutschen Braunkohlereviere. Auch sie sollte von den 40 Milliarden Euro aus dem Kohlekompromiss

profitieren. Pegau, so der Plan, sollte endlich eine bessere Anbindung an Leipzig, Zeitz und das Thüringer Mittelzentrum Gera bekommen. Doch kürzlich hörte Daniela Kolbe etwas von Priorisierung, und bei der stellvertretenden Vorsitzenden des DGB Sachsen stellten sich sämtlich Antennen auf. „Da stemmen wir schon die Füße in den Boden und sagen: Versprochen ist versprochen.“

Versprochen wurde den Pegauern eine bessere Bahnverbindung. Im Moment fährt die Regionalbahn einmal pro Stunde. „Sie ist zu klein, sie bindet nicht alle Orte an, sie fährt zu selten und nicht elektrisch“, sagt Daniela Kolbe. Mit den Kohlemilliarden sollte die Strecke elektrifiziert, als zweigleisige S-Bahn-Strecke ausgebaut und weitere Orte angebunden werden. Die Politik will die Region entwickeln. Doch die Bahn sagt, es gebe den Bedarf an der Strecke nicht, und verlangt eine Zusage, dass die zukünftig zu erwartenden Verluste übernommen werden. „Da haben dann alle mit den Fingern aufeinander gezeigt“, sagt Daniela Kolbe.

Die DGB-Frau sitzt in dem Wartehäuschen in Pegau. In 15 Minuten kommt der Zug nach Leipzig. Nach und nach füllt sich der Bahnsteig, unter den Wartenden Ramona Thieme. Sie arbeitet beim Arbeitsgericht in Leipzig, doch heute hat sie Urlaub und macht einen Ausflug mit ihrer Enkelin. „Wie das wäre, wenn hier mehr Züge fahren würden?“ Ihre spontane Antwort: „Schön.“ Sie pendelt täglich mit dem Zug nach Leipzig, allerdings geht sie nächstes Jahr in Rente. Sie kann es sich leisten, den Zug zu nehmen, der nur einmal in der Stunde kommt, ihr Sohn nicht. „Er muss die Kinder von der Kita abholen, das schafft er mit dieser Verbindung nicht“, erzählt sie. Daher nimmt er das Auto.

Schließlich kommt die Bahn nach Leipzig. Der Zug, der die Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen verbindet, ist bereits gut gefüllt, als er in Pegau hält. Viele müssen bis Leipzig stehen. Nicht nur Berufstätige wie Ramona Thieme sind auf die Verbindung angewiesen, auch Schüler und Auszubildende pendeln von Pegau in die Stadt. Das kleine Örtchen mit dem mittelalterlichen Stadtkern wächst seit ein paar Jahren. Leipzig boomt, die Preise steigen und so ziehen einige ins Umland.



Foto: Karla Schröder

Pegau ●

Daniela Kolbe vom DGB in Leipzig steigt in Pegau in den Zug: Die Erwartungen der Menschen dürfen nicht enttäuscht werden.

In dem Ausbau der Bahnverbindung stecken für Daniela Kolbe gleich mehrere politische Themen. „Es geht um das Verhältnis von Stadt und Land“, sagt Kolbe. Menschen auf dem Land fühlen sich häufig von den Menschen in der Stadt missverstanden. Die Investitionsgelder, die mit dem Kohlekompromiss vereinbart wurden, haben zudem hohe Erwartungen geweckt. „Das war ein sehr gutes Ergebnis“, sagt Daniela Kolbe. „Es zeigt, dass Gewerkschaften etwas bewegen können, und gibt den Menschen das Gefühl, dass der Wandel im Dialog mit ihnen gestaltet werden kann. Diese Erwartungen dürfen nun nicht enttäuscht werden.“ ■



600 Milliarden braucht das Land

WIRTSCHAFTSFORSCHUNG In einem gemeinsamen Gutachten haben das IMK der Hans-Böckler-Stiftung und das Institut der deutschen Wirtschaft eine gewaltige Investitionslücke berechnet. Die gute Nachricht: Der Staat könnte sie schließen.

Von **Sebastian Dullien**, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung
Illustrationen **Anton Delchmann**

Es gab einmal Zeiten, da blickten andere Länder voller Neid auf die verlässliche Infrastruktur in Deutschland. Das ist leider der Vergangenheit. Die Verspätungen und Zugausfälle der Deutschen Bahn während der Fußball-Europameisterschaft frustrierten nicht nur viele ausländische Gäste, sie schafften es sogar in die New York Times. Das Fazit des

Artikels über den maroden Zustand des deutschen Bahnnetzes: Man kann vielleicht die deutsche Fußball-Elf schlagen, aber die Deutsche Bahn mit ihrer Unzuverlässigkeit erledigt alle. Die Infrastruktur hierzulande ist längst zu einem internationalen Imageproblem für das Land geworden und droht sogar ausländische Investoren abzuschrecken.



Über die vergangenen Jahrzehnte hat der Staat in Deutschland zu wenig in die Modernisierung und Instandhaltung von Straßen, Brücken, Schienenwegen, Kanälen und Schulgebäuden investiert. Undichte Dächer in Schulen, gesperrte Autobahnbrücken, Zugausfälle und Verspätungen gehören längst zum Alltag in Deutschland. Seit Jahren versucht Deutschland, eine Volkswirtschaft im 21. Jahrhundert mit einer Infrastruktur zu betreiben, die in vielen Fällen auf dem technischen Stand des vergangenen Jahrtausends stehen geblieben ist.

Nicht genug, dass der Staat nicht ausreichend investiert hat: Zugleich ist die Bevölkerung – vor allem durch Zuwanderung – deutlich gewachsen, während die Experten eigentlich längst schrumpfende Bevölkerungszahlen vorausgesagt hatten. Hinzu kommen enorme Ausgaben für die Digitalisierung und den Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft.

Zusammen mit dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung nun versucht, die Summe der notwendigen Investitionen zu berechnen. Eine erste derartige Studie hatten die beiden Institute schon 2019 vorgelegt. Damals taxierten sie den zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf über zehn Jahre auf rund 460 Milliarden Euro.

Das 2024er-Update berücksichtigt veränderte Rahmenbedingungen, beispielsweise Preiserhöhungen bei Bauinvestitionen, den seit der ersten Studie bereits „abgearbeiteten“ Investitionsbedarf sowie die aktuelle mittelfristige Finanzplanung des Bundes. Der Haushaltskompromiss 2025 war zum Zeitpunkt der Schätzung noch

nicht bekannt, er ändert aber nichts Grundsätzliches, da er in puncto Investitionen kaum Impulse setzt.

Das Ergebnis: Der Investitionsbedarf ist in den vergangenen fünf Jahren erheblich gewachsen. Rund 600 Milliarden Euro zusätzliche öffentliche Investitionen, auf die kommenden zehn Jahre verteilt, sind inzwischen notwendig, um das Land zukunftsfest zu machen. Zusätzlich notwendige Verteidigungsausgaben sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Größter Posten im Gesamtpaket sind die Investitionen für den Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Sie belaufen sich auf 200 Milliarden Euro. Dahinter verbergen sich die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, die Förderung solcher Sanierungen bei privaten Gebäuden, staatliche Anteile beim Ausbau von Strom- und Wasserstoffkernnetz sowie die Umstellung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf emissionsfreien Antrieb.

Der Bedarf bei den Städten und Gemeinden beläuft sich auf 177 Milliarden Euro. Darunter fallen vor allem die Sanierung und der Bau öffentlicher Verwaltungs- und Schulgebäude sowie die Instandsetzung und der Ausbau kommunaler Straßen und Wege. Weitere große Posten sind die Förderung des Wohnungsbaus, des Schienennetzes, der Ausbau des ÖPNV und der Bundesfernstraßen.

Dieses Investitionspaket sorgt nicht nur für mehr Lebensqualität im Alltag, sondern auch für mehr Produktivität und am Ende für mehr private Investitionen: Eine Ingenieurin, die im Stau auf der Autobahn steht oder im liegen gebliebenen ICE sitzt, kann in dieser Zeit nicht beim Kunden ihres Arbeitgebers eine Maschine reparieren. Sie ist in der Zeit nicht produktiv, kostet aber ihren Arbeitgeber Geld. Für Ansiedlungsentscheidungen wiederum spielt die Infrastruktur eine wichtige Rolle. Sowohl für den E-Autobauer Tesla in Grünheide als auch für den Batteriehersteller Northvolt in Heide waren Bahnanschlüsse eine wichtige Vorausset- ►

► zung für den Zuschlag. Und wenn ein Anlagenbauer wegen maroder Autobahnbrücken für den nächtlichen Schwerlasttransport großer Maschinenteile drei Tage statt einen Tag braucht, fällt die Entscheidung für die Ersatzinvestition dann doch vielleicht gegen Deutschland.

Die Summe von 600 Milliarden Euro mag sich zunächst erschreckend anhören. Allein durch Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten lässt sich eine solche Summe nicht zusammenbekommen. Die finanzielle Verfügungsmasse ist zu gering, da ein Großteil der dort eingestellten Posten gesetzlich oder durch Verfassungsgerichtsurteile festgeschrieben ist, etwa Zuschüsse für die Rentenversicherung oder ein gewisses Niveau der Grundsicherung.

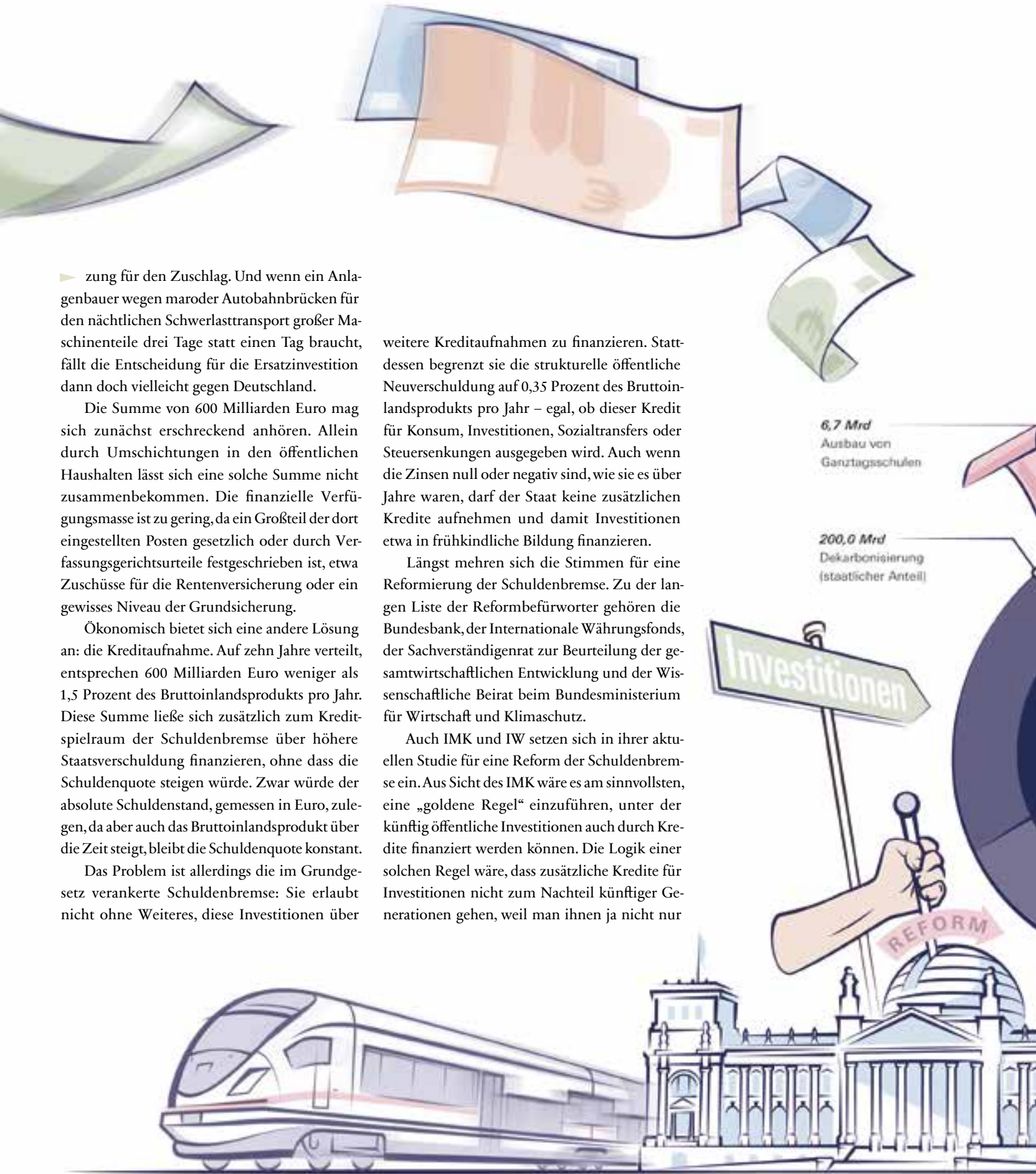
Ökonomisch bietet sich eine andere Lösung an: die Kreditaufnahme. Auf zehn Jahre verteilt, entsprechen 600 Milliarden Euro weniger als 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Diese Summe ließe sich zusätzlich zum Kreditspielraum der Schuldenbremse über höhere Staatsverschuldung finanzieren, ohne dass die Schuldenquote steigen würde. Zwar würde der absolute Schuldenstand, gemessen in Euro, zulegen, da aber auch das Bruttoinlandsprodukt über die Zeit steigt, bleibt die Schuldenquote konstant.

Das Problem ist allerdings die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse: Sie erlaubt nicht ohne Weiteres, diese Investitionen über

weitere Kreditaufnahmen zu finanzieren. Stattdessen begrenzt sie die strukturelle öffentliche Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr – egal, ob dieser Kredit für Konsum, Investitionen, Sozialtransfers oder Steuersenkungen ausgegeben wird. Auch wenn die Zinsen null oder negativ sind, wie sie es über Jahre waren, darf der Staat keine zusätzlichen Kredite aufnehmen und damit Investitionen etwa in frühkindliche Bildung finanzieren.

Längst mehrten sich die Stimmen für eine Reformierung der Schuldenbremse. Zu der langen Liste der Reformbefürworter gehören die Bundesbank, der Internationale Währungsfonds, der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Auch IMK und IW setzen sich in ihrer aktuellen Studie für eine Reform der Schuldenbremse ein. Aus Sicht des IMK wäre es am sinnvollsten, eine „goldene Regel“ einzuführen, unter der künftig öffentliche Investitionen auch durch Kredite finanziert werden können. Die Logik einer solchen Regel wäre, dass zusätzliche Kredite für Investitionen nicht zum Nachteil künftiger Generationen gehen, weil man ihnen ja nicht nur



6,7 Mrd
Ausbau von
Ganztagsschulen

200,0 Mrd
Dekarbonisierung
(staatlicher Anteil)

einen Teil der Finanzierungslasten, sondern auch einen erhöhten Kapitalstock hinterlässt.

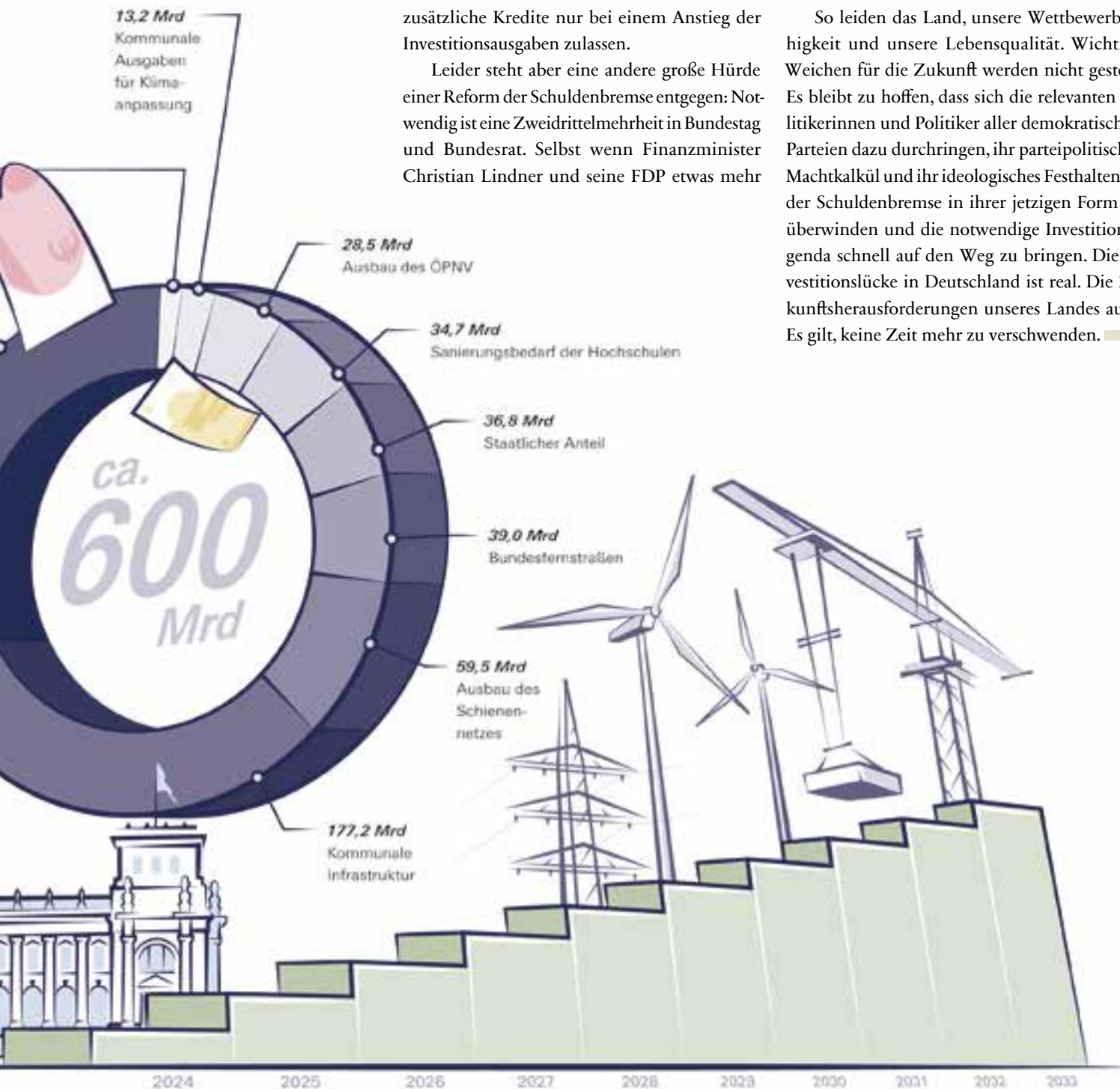
Kritiker sehen die Gefahr, dass die Politik eine solche Regel missbrauchen könnte, indem beispielsweise bisher aus dem Haushalt finanzierte Investitionen über Kredit finanziert werden oder indem Projekte ohne positive Wachstumseffekte als Investitionen deklariert werden. Beides ließe sich allerdings verhindern. So könnte man ein überparteiliches Gremium entscheiden lassen, ob Zweifelsfälle wirklich Investitionen sind, und zusätzliche Kredite nur bei einem Anstieg der Investitionsausgaben zulassen.

Leider steht aber eine andere große Hürde einer Reform der Schuldenbremse entgegen: Notwendig ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Selbst wenn Finanzminister Christian Lindner und seine FDP etwas mehr

ökonomische Vernunft in der Schuldendebatte zeigten und einer Reform zustimmten, wären solche Mehrheiten ohne die Union nicht möglich.

Eine Reihe christdemokratischer Ministerpräsidenten hat schon signalisiert, dass sie mehr Spielraum für zusätzliche Investitionen für sinnvoll halten. Allerdings ist es rein machtpolitisch für die Union wenig attraktiv, vor den nächsten Bundestagswahlen der Ampel-Regierung bei einer Reform der Schuldenbremse entgegenzukommen.

So leiden das Land, unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Lebensqualität. Wichtige Weichen für die Zukunft werden nicht gestellt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die relevanten Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Parteien dazu durchringen, ihr parteipolitisches Machtkalkül und ihr ideologisches Festhalten an der Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form zu überwinden und die notwendige Investitionsagenda schnell auf den Weg zu bringen. Die Investitionslücke in Deutschland ist real. Die Zukunftsherausforderungen unseres Landes auch. Es gilt, keine Zeit mehr zu verschwenden. ■



Für Europa wird die Zeit knapp

FÖRDERPROGRAMME Forschende des IMK haben die massiven Auswirkungen des amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) auf europäische Projekte für den Bau von Batteriefabriken kalkuliert. Die Lage ist brisant.

Von **Andreas Molitor**

Der Start in den Sommerurlaub dürfte für Jürgen Barke und Claus Ruhe Madsen in diesem Jahr alles andere als sorgenfrei verlaufen sein. Vor allem zwei Nachrichten sorgten beim saarländischen und beim schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister in den Wochen vor den Ferien für Unruhe: An der Saar hat der chinesische Batteriehersteller SVolt den ursprünglich einmal für Ende 2023 vorgesehenen Produktionsstart seiner Batteriezellenfabrik in Überherrn auf das Jahr 2027 verschoben. Auch im hohen Norden, im schleswig-holsteinischen Heide, dürften sich Bau und Produktionsstart der von Bund und Land mit insgesamt 900 Millionen Euro geförderten Batteriezellenfabrik des schwedischen Produzenten Northvolt verzögern, nachdem das Unternehmen in wirtschaftliche Turbulenzen geraten ist.

Die Lektüre der aktuellen Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung zum Inflation Reduction Act (IRA) der USA verdeutlicht, warum dies ausgesprochen schlechte Nachrichten sind – nicht nur für die beiden betroffenen Bundesländer, sondern für den Industriestandort Deutschland und die Mobilitätswende.

Die Expertise mit dem Untertitel: „Gut fürs Klima, schlecht für Europa?“ über die zwei Billionen US-Dollar schwere Investitionsoffensive der Biden-Regierung für „gut bezahlte, sichere und gewerkschaftlich organisierte Industriearbeitsplätze“ legt empirische Befunde zur Frage vor, welchen Beitrag der IRA mit Investitionen in klimafreundliche Technologien zur Dekarbonisierung der US-Wirtschaft leistet. Außerdem nimmt sie die Auswirkungen des Programms auf die Wertschöpfungskette der Elektromobilität in Europa in den Blick, insbesondere auf die strategisch wichtige Batterieproduktion, den Schlüssel für die Mobilitätswende. Auf die durch den IRA befeuerten Investitionen der USA in die Batterieherstellung müsse „die europäische Politik eine Antwort finden“, mahnt das Autorenteam, ansonsten könnte sich der US-Jobmotor für die EU als Jobkiller erweisen. Die Forschenden warnen: „Es ist unwahrscheinlich, dass einmal verschobene oder ausgesetzte Batterieprojekte doch noch zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.“

Zuckerbrot und Peitsche

Die Architekten des IRA setzen gezielt auf eine „Zuckerbrot und Peitsche“-Strategie, die das Potenzial habe, „die derzeitige Preisstruktur bei den Autobatterien substanziell zu verändern“. Einerseits sollen satte Steuergutschriften – das Zuckerbrot – die Wettbewerbsfähigkeit der US-Batterieherstellung entscheidend verbessern. Derzeit liegen die Investitionskosten einer Gigafabrik rund ein Drittel über den vergleichbaren Kosten in China. Durch den Steuerbonus können die amerikanischen Produktionsstätten annähernd Gleichstand erzielen.

Die US-Wirtschaftsförderer drohen allerdings auch mit der Peitsche, indem sie die Förderung von Elektroautos mit strengen Anforde-

Es besteht das Risiko, dass viele Batterieprojekte in Europa nicht mehr realisiert werden.



Foto: picture alliance / imageBroker / Jim West

rungen an die Herstellung der Batterie verknüpfen. Je größer der Anteil amerikanischer Fertigung, desto höher die Förderung. Wer ein Auto kauft, dessen Batterie Komponenten aus China enthält, geht komplett leer aus. Europäische und auch deutsche Autohersteller mit Fabriken in den USA werden auf diese Weise gezwungen, ihre Batterien entweder selbst vor Ort zu produzieren oder von US-Herstellern zu beziehen, „gegebenenfalls zu Lasten von Batterieprojekten in Europa“.

Bereits jetzt habe der IRA bei der Batteriezellfertigung einen „wahren Investitionsboom“ mit Dutzenden von Neubauprojekten ausgelöst, der sich weiter beschleunigen dürfte. Geht es in dem Tempo weiter, werden die amerikanischen Fabriken bereits Ende des Jahrzehnts in der Lage sein, mehr Batterien herzustellen, als sie in den Elektroautos „made in USA“ verbauen können, prognostizieren die IMK-Forscher. Mit ihren Batterien werden sie dann auf andere Märkte drän-

gen. Etwa nach Europa, und zwar, aufgrund der großzügigen Förderung, zu einem ähnlich günstigen Preis wie chinesische Hersteller.

Entsprechend verengt sich der Zeitkorridor für europäische, teilweise mit dreistelligen Millionenbeträgen subventionierte Batterie-Gigafabrikprojekte. Je mehr sich die Vorhaben jetzt verzögern, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass überhaupt noch Bagger auf den Baustellen anrücken. Am meisten gefährdet sind Projekte, „die sich derzeit in einem frühen Planungsstadium befinden“. Mehr als zwei Drittel der Batterie-Großprojekte, die in Europa bis Ende 2030 fertiggestellt sein sollen, weisen ein mittleres oder hohes Risiko auf, nicht realisiert zu werden. „Angesichts sich abzeichnender Überkapazitäten dürfte der Weltmarktpreis für Batterien in den kommenden Jahren weiter sinken“, resümiert das IMK, „sodass sich eine europäische Batterieproduktion unter den gegebenen Bedingungen nicht rechnet.“ ■

Bau eines Ford-Batteriewerks im BlueOval Battery Park in Marshall (Michigan): Das Werk soll 1700 Arbeitsplätze schaffen, wenn die Produktion im Jahr 2026 beginnt.

Tom Bauermann/Sabine Stephan/Andrew Watt:
Inflation Reduction Act: Gut fürs Klima, schlecht für Europa? IMK Report Nr. 191, Juli 2024



Foto: ddp / Arnulf Hettrich

Nicht um jeden Preis

STANDORT Wenn Gewerkschaften und Betriebsräte auf Investitionen von Unternehmen Einfluss nehmen wollen, bedeutet das harte Verhandlungen. Trotzdem können sie viel erreichen.

Von **Sophie Deistler** und **Stefan Scheytt**



Alte Firmenwerbung auf dem Knorr-Gelände in Heilbronn: Aus der Krise in die Zukunft

Ende 2019 schien die Geschichte des Knorr-Werks in Heilbronn besiegelt. Das in die Jahre gekommene, nicht mehr wettbewerbsfähige Werk, in dem vor allem Suppen, Saucen und Dressings produziert werden, sollte für immer schließen, rund 550 Beschäftigte Lohn und Brot verlieren. Doch es kam anders. Nach langen Auseinandersetzungen gelang es der Beschäftigtenvertretung und der Gewerkschaft NGG, mit dem Konzern eine Standortgarantie bis 2030 zu verhandeln. Dafür wurden sie sogar im vergangenen Jahr mit dem Betriebsräte-Preis

in Gold ausgezeichnet. Werksleiter Julius Mannherz, der die Rollenteilung mit dem Betriebsrat gern mit den Worten „Pilot und Co-Pilot“ umschreibt, bestätigt: „Wir haben tolle Pläne, das Werk Schritt für Schritt zum Knorr-Campus und zu einer der effizientesten und nachhaltigsten Lebensmittelfabriken Europas umzubauen.“

Erst als die Lage schon recht ernst war, gelang es, das Ruder herumzureißen. Betriebsratsvorsitzender Thilo Fischer sagt über die Zeit davor: „Es wurde jahrelang auf Verschleiß gefahren, es wurde kaum investiert, und so kamen wir fast ►

► an den Punkt, den Schlüssel für immer umdrehen zu müssen.“ Die Einigung enthält zwar auch schmerzhaft Einschnitte für die Knorrianer in Heilbronn und an anderen Unilever-Standorten, die geschlossen oder verkleinert wurden. Dem steht jedoch ein Investitionsbudget in Heilbronn im deutlich zweistelligen Millionenbereich gegenüber. Fischer will sich auf diesem Erfolg aber nicht ausruhen: „Wir nutzen die Zeit, das Werk weit über 2030 hinaus zukunftsfest zu machen.“

Rund sechs Millionen Euro stehen pro Jahr bereit, mehr als 20 Millionen wurden bereits investiert. Mit einem neuen Dampfkessel für mehr als eine halbe Million Euro fing es an, es folgten Umbauten im Inneren verschiedener Gebäude: neue Böden, auf denen sich fahrerlose Fahrzeuge bewegen können, neue Stahlträger, modernere Maschinen. Für knapp zwei Millionen Euro wurden viele Dächer saniert und mit Solarmodulen ausgestattet. Auf der Fläche eines abgerissenen Gebäudes, das jahrelang leer stand, soll bald eine Freiflächenphotovoltaikanlage Strom produzieren und so die Energiekosten weiter drücken. Frisch saniert ist die Kantine, in der nun auch Externe essen können, etwa aus dem nahe gelegenen Sitz der Telekom und des Jobcenters.

„Die Investitionen begannen im Inneren, wo immer mehr Automatisierung angesagt ist, und wandern nun nach außen, sodass die Erneuerung des Standorts immer sichtbarer wird“, erklärt Werksleiter Mannherz.

Investiert wird auch in die Beschäftigten. „Gerade haben wir eine Konzernbetriebsvereinbarung über die Zukunft der Arbeit geschlossen, in der es unter anderem um die Gewinnung und Qualifizierung von Beschäftigten geht“, berichtet Thilo Fischer. Ein Baustein dafür ist der Wechsel von Fischers früherem Stellvertreter auf die neu geschaffene Position eines „Skill-Trainers“, der sich nun systematisch der Weiterbildung der Beschäftigten widmet, etwa zum Thema Künstliche Intelligenz. Weitere Stellen wurden für Informatiker, Ingenieure und andere Experten geschaffen, die sich speziell um Automatisierung, Energieeffizienz und Abfallreduzierung kümmern. Es soll wieder mehr Auszubildende geben, die Zahl der dual Studierenden wurde bereits auf vier erhöht. Heute werden andere Akzente gesetzt als vor der Transformation, und daher werden kaum

Foto: Heiko Fritze



Betriebsführung bei Knorr: „Die Erneuerung des Standortes wird immer sichtbarer.“

noch Leihbeschäftigte eingesetzt, sondern eine langfristige Personalpolitik mit eigenen, hoch qualifizierten Beschäftigten steht im Mittelpunkt. Ähnliche Nachrichten wie von den Knorrianern in Heilbronn gibt es aus dem rheinland-pfälzischen Alf.

Pappe statt Plastik

Kaum einer weiß, dass in Alf, das als „Wein- und Urlaubsort“ für sich Werbung macht, auch Millionen der praktischen Plastikdeckel für die Coffee-to-go-Becher hergestellt wurden, etwa für die deutschen Filialen einer amerikanischen Fast-Food-Kette. Sie kommen aus einem Werk, das zum finnischen Konzern Huhtamaki gehört, einem der Giganten auf dem Markt für Einwegverpackungen. Doch der Markt verlangt Alternativen zum Kunststoff, etwa Papier und Pappe. So kommt es, dass in Alf inzwischen zwei Drittel des Personals Zellstoff verarbeiten. Daran hat der Betriebsrat seinen Anteil, wie der Betriebsratsvorsitzende Dieter Mainzer berichtet: „Wir haben uns schon lange dafür eingesetzt, das Thema Nachhaltigkeit voranzubringen.“

Thilo Fischer, Betriebsratsvorsitzender bei Knorr, auf dem Werksgelände: „Wir nutzen die Zeit, das Werk weit über 2030 hinaus zukunftsfest zu machen.“

Mainzer hat mit seinen Kollegen hart dafür gekämpft, die neue Technik in das Werk zu holen. In den Diskussionen mit dem finnischen Mutterkonzern, wo die neue Technik zum Einsatz kommen sollte, konnte sich das Werk in Alf am Ende gegen Standorte in Osteuropa und Asien durchsetzen. „Für uns sprachen die gute und sichere Energieversorgung und der Kundenwunsch, lange Transportwege zu vermeiden“, sagt Mainzer. Der Konzern verpflichtete sich, zwischen 2020 und 2025 einen hohen, mehrstelligen Millionenbetrag in das Werk in Alf zu stecken. Doch damit, wie das Unternehmen die Transformation im Werk in Alf umsetzen wollte, war der Betriebsrat gar nicht glücklich. Denn der Konzern plante, den neuen Geschäftszweig in ein neues Unternehmen auszugründen. „Die betroffenen Beschäftigten hätten dann in das neue Unternehmen wechseln müssen und hätten keinen Betriebsrat und keine Tarifbin- ▶

Knorr war fast an dem Punkt, den Schlüssel in Heilbronn für immer umdrehen zu müssen. Jetzt soll das Werk Schritt für Schritt zum Knorr-Campus und zu einer der effizientesten und nachhaltigsten Lebensmittel-fabriken Europas werden.



Foto: Jens Volle



Neue Produktionsstraße für Lebensmittelverpackungen bei Huhtamaki in Alf: Alles muss blitzblank sein.

► dung mehr gehabt“, sagt Mainzer. Heute ist das vom Tisch. Den Plan konnte der Betriebsrat mithilfe der Technologieberatungsstelle Rheinland-Pfalz schon früh verhindern, sodass die Kollegen nur in eine neue Abteilung versetzt wurden. „Da war eine Mischung aus Druck und Überzeugung nötig“, sagt Mainzer. Auch Weiterbildung war ein Thema. „Wir haben gemeinsam daran gearbeitet, dass Lernmaterial entwickelt wird, dass es eine Qualifikationsstrategie gibt und neue Beschäftigte genug Einarbeitungszeit bekommen“, sagt Mainzer. Erfreulich auch: Der Konzern hat für die neue Abteilung rund 70 neue Beschäftigte eingestellt.

Ein Investitionstarifvertrag

Die Zusagen des Mutterkonzerns sind mit einem Investitionstarifvertrag abgesichert, der noch bis Ende 2025 in Kraft ist. Geplant war eigentlich eine Betriebsvereinbarung. Damit der Vertrag aber nicht so leicht gekündigt werden kann, wurde mit der Gewerkschaft IGBCE und dem Arbeitgeberverband der Tarifvertrag abgeschlossen. Der hat sich bisher bestens bewährt.

Da die Restlaufzeit schon in etwas mehr als einem Jahr erreicht ist, haben die Verhandlungen für einen Nachfolgetarifvertrag bereits begonnen. Dieses Mal hat der Betriebsrat ein anderes Ziel. Er möchte erreichen, dass die Löhne wieder steigen.

Der Betriebsrat wollte die neue Technik unbedingt ins Werk holen. Doch es waren Druck und Überzeugung nötig, damit der neue Geschäftszweig nicht ausgegründet wurde.



Foto: Karsten Schöne

Huhtamaki-Betriebsrat
Dieter Mainzer (Mitte) mit
Kolleginnen und Kollegen:
Die Gehälter liegen noch
8,5 Prozent unter dem
Chemietarif.

Für eine Zukunft, in der weniger Kunststoff für Verpackungen genutzt wird, ist das Werk in Alf nun gut aufgestellt. Doch die Beschäftigten mussten für die Standortsicherung zeitweise bis zu zehn Prozent des Tarifentgelts verzichten. Derzeit liegen die Gehälter noch immer 8,5 Prozent unter dem Chemietarifvertrag. „Das Werk hat sich seit der Einführung der Zellstoffasertechnik wirtschaftlich stabilisiert, weshalb wir die Gehälter wieder auf das Tarifniveau bringen wollen“, sagt Mainzer. Dann hält er die neuen Produkte aus Zellstoff in die Kamera. Nachhaltig und made in Germany. Alf hat nun wieder eine gute Zukunft vor sich. ■

„Da gibt es nichts zu feiern, das ist Tagesgeschäft“

BAHN EVG-Vorsitzender Martin Burkert und Thomas Brandt, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von DB InfraGO, über das Denken in Wahlperioden, unglückliche Umstände und liegen gebliebene Fans

Das Gespräch führte **Fabienne Melzer** – Foto **Uwe Zucchi**

Dank Heim-EM kennt auch das Ausland die Verspätungen der Deutschen Bahn. Ist das peinlich?

MARTIN BURKERT: Natürlich wurde in diesen vier EM-Wochen viel mehr auf die Bahn geschaut. Da wird die Geschichte eines Vaters, der mit seinem Sohn zum ersten Mal zu einem Länderspiel fährt und in Passau liegen bleibt, natürlich von den Medien aufgegriffen. Wir haben dann auch im Aufsichtsrat gefragt, was da passiert ist. Ein Gleisstopfzug, der auf der Strecke an den Hochwasserschäden arbeitete, war liegen geblieben und verhinderte, dass die österreichischen Fans pünktlich zum Spiel kamen. So etwas passiert alle 50 Jahre einmal – und jetzt ausgerechnet an diesem Tag. In diesem Fall waren es unglückliche Umstände, aber vieles ist natürlich hausgemacht.

THOMAS BRANDT: Meine Hoffnung ist, dass durch die Außenwirkung während der EM jetzt mehr Menschen bewusst wird, wie dringend wir den jahrzehntelangen Investitionstau bei der Schiene aufholen müssen. In diesem Fall ist es wirklich blöd gelaufen, aber grundsätzlich müssen wir darüber reden, wo die Probleme liegen.

Herr Brandt, Sie sind Gesamtbetriebsratsvorsitzender von DB InfraGO, der Zusammenlegung

von DB Netz sowie Station & Service. Die Betriebsräte hatten sich dagegen ausgesprochen. Warum?

BRANDT: Wer glaubt, Eisenbahn funktioniert, wenn man das Unternehmen auseinanderrupft, hat Eisenbahn nicht verstanden. Für uns ist klar: Wir brauchen den Konzern als Ganzes. Natürlich können wir schauen, wo es Synergien gibt. Aber wir werden dieses Unternehmen nicht durch Umstrukturierung besser machen. So etwas lähmt eher, weil man dann mit sich selbst beschäftigt ist.

Ich vergleiche unsere Situation gerne mit dem Fußball: Wirst du Fußballweltmeister, bist du der Größte, scheidest du in der Vorrunde aus, haben wir 80 Millionen Fußballtrainer. Und so haben wir in der derzeitigen Situation der Bahn 80 Millionen Bahnchefs. Jeder weiß es besser, jeder hat eine Idee. Aber das Kernproblem ist doch, dass wir kein Geld haben und dass wir über Jahrzehnte nicht investiert haben.

Ist der Streit um die Mittel für die Schiene im Bundeshaushalt inzwischen entschieden?

BURKERT: Es geht zurzeit um 15 Milliarden, die bei der Generalsanierung nicht finanziert sind.



EVG-Vorsitzender Martin Burkert (links) und Gesamtbetriebsratsvorsitzender von DB InfraGO Thomas Brandt

Ich bin aber noch zuversichtlich, dass wir doch etwas mehr bekommen als zurzeit geplant. Die gesamten 45 Milliarden werden es aber nicht werden. Insgesamt fehlen im Verkehrsbereich 360 Milliarden Euro. Natürlich sind die Autobahnbrücken kaputt, natürlich sind die Schleusen kaputt, natürlich brauchen die Häfen eine Sanierung, aber auch die Schienen und die Eisenbahnbrücken. Und eins steht fest: Es ist im Bahnverkehr längst nicht mehr kaschierbar. Wir haben einen Punkt erreicht, wo der jetzige Verkehrsminister im Scheinwerferlicht steht. Es ist über Jahrzehnte zu wenig passiert, da nehmen wir gar keine der vorangegangenen Regierungen aus.

Was hat erste Priorität?

BURKERT: Wir müssten dahin kommen, dass die Schiene nicht mehr altert, sondern durch Instandhaltung jünger wird. Man hat jahrzehntelang nur gespart, sogar beim Fahrdrakt an der Stärke des Kupferdrahtes. Wichtig wäre die Einsicht der Politik, dass wir Infrastruktur nicht im



Wer glaubt, Eisenbahn funktioniert, wenn man das Unternehmen auseinanderrupft, hat Eisenbahn nicht verstanden.“

THOMAS BRANDT,
Gesamtbetriebsrats-
vorsitzender DB InfraGO

kurzfristigen Wahlperiodendenken finanzieren können. Wir brauchen eine überjährige Planung über Wahlen hinweg, einen Masterplan, auf den sich alle demokratischen Parteien in Deutschland verständigen. Eine Verständigung darauf, dass wir die Verkehrswende wollen.

BRANDT: Planungssicherheit braucht auch die Bauindustrie. Einige Firmen sind ins Ausland gegangen, weil in Deutschland nicht in die Schiene investiert wurde. Es wird immer schwieriger, Arbeitsmittel wie Bauzüge zu kriegen.

Wäre die Lösung ein Fonds, wie ihn die Schweiz hat, der kontinuierlich gefüllt wird?

BURKERT: Ja, so in etwa. In der Schweiz gab es einen Volksentscheid. Da hat die Bevölkerung entschieden, in die Schiene zu investieren.

BRANDT: Wir müssen uns aber auch darüber verständigen, in was wir investieren wollen. Politiker denken in Wahlperioden und möchten in ihrer Wahlperiode etwas verwirklichen, bei dem sie Bändchen schneiden können. Das ist aber ►

► nicht immer das, was die Menschen im Land brauchen. Wir haben ein Schienensystem, das überaltert, das zu voll ist. Wir müssen erst mal in den Bestand investieren, da gibt es nichts zu feiern, das ist nicht sexy, das ist Tagesgeschäft. Deshalb müssen wir erstens über mehrere Perioden denken und zweitens festlegen, was wir brauchen. Hübsche Neubauprojekte? Nein, wir müssen erst mal das Haus renovieren.

Hängen die Probleme auch damit zusammen, dass der Schienenverkehr zugenommen hat?

BURKERT: Auch – die Verkehrsleistung hat sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr seit der Jahrtausendwende erheblich zugenommen. Gleichzeitig ist das Schienennetz aber kleiner geworden. Mittlerweile fahren bei uns in Deutschland über 350 Unternehmen. Die Situation ist jetzt so dramatisch durch die Baustellen, die nun einfach notwendig sind, dass Fahrpläne fast nur noch geschätzt werden können. Da zieht jeder Zwischenfall einen Rattenschwanz an weiteren nach sich.

Die Bahn soll ihre Fahrgastzahlen verdoppeln. Muss sich dann nicht auch die Infrastruktur verdoppeln?

BRANDT: Nicht unbedingt. Das ist auch eine Frage der Technik. Auf vergleichsweise jungen Strecken wie Berlin–München, Berlin–Erfurt können wir dank einer modernen Signalausstattung hö-



Wir müssten dahin kommen, dass die Schiene nicht mehr altert, sondern durch Instandhaltung jünger wird.“

MARTIN BURKERT,
EVG-Vorsitzender

here Kapazitäten fahren. In Schleswig-Holstein gibt es dagegen 100 Jahre alte Stellwerke. Damit bekommen wir keine hohe Streckenauslastung hin. Da ist die Fahrt in einem Pendlerzug morgens um halb acht kein Vergnügen.

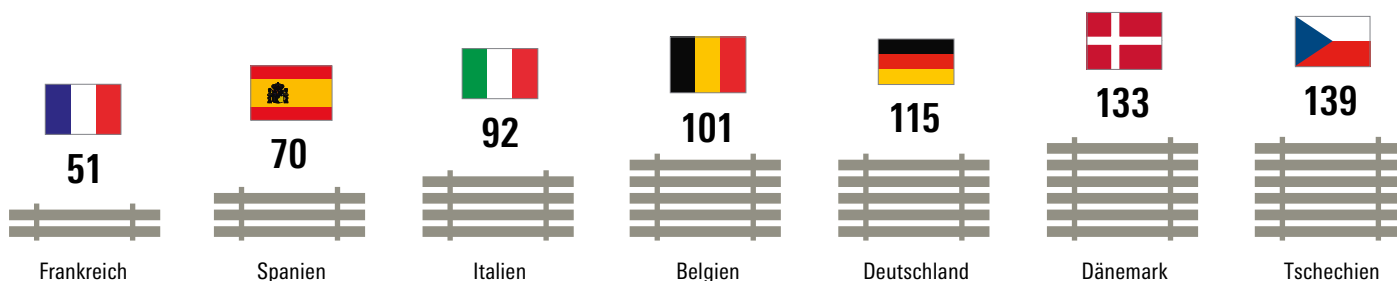
BURKERT: Wenn wir mehr Strecken digitalisieren, können auch mehr Züge fahren. Aber die Digitalisierung ist das Teuerste. Wenn jetzt weniger Geld vom Bund kommt, fällt als Erstes die Elektrifizierung von Strecken weg, die jetzt noch mit Diesel fahren, und gleich danach die Digitalisierung. Da erwarten wir auch vom Vorstand, dass er klar benennt, welche Projekte gestrichen werden. Den Aufschrei können wir uns schon vorstellen.

BRANDT: Wir brauchen Digitalisierung aber auch, um überhaupt noch Bahn fahren zu können. Alte Stellwerke sind personalintensiv, wir haben aber ein Fachkräfteproblem. Mein Arbeitgeber tut wirklich viel. Aber die Stellwerke aus Kaiserzeiten sind keine attraktiven Arbeitsplätze in der heutigen Zeit.

Haben die Schwierigkeiten auch mit der Lage Deutschlands als Transitland zu tun?

BURKERT: Ja, auch. Beim Schienengüterverkehr ist die Bundesregierung allerdings vom Ziel der Verdoppelung abgekommen. Das ist nicht mehr zu schaffen. Wir sind heute bei 19 Prozent auf der Schiene, eigentlich müssten wir auf 35 Prozent kommen, wenn wir den europäischen Green Deal erreichen wollen.

Pro-Kopf-Investitionen des Staates in die Schieneninfrastruktur



Quelle: Allianz pro Schiene, 07/2024, auf Basis von BMDV, EFV (Zusammenstellung VöV), BMK, MMTP, SCI Verkehr GmbH

Güter- und Personenverkehr fahren in Deutschland auf dem gleichen Netz. Ließe sich der Verkehr durch eine Trennung entzerren?

BRANDT: Wir werden in Deutschland nicht getrennte Netze bauen können, weil sich vor Ort immer ein Grund findet, warum es irgendwo nicht geht. Es gibt kein Großprojekt, gegen das keine Bürgerinitiative Sturm läuft. Zum Beispiel bei der Inntaltrasse: Während Italien und Österreich sich schon verständigt haben, protestieren in Deutschland 17 Bürgerinitiativen gegen das Projekt.

Aber könnte ein besseres Netz für den Gütertransport nicht auch Autobahnen entlasten, auf denen sich auf der rechten Spur ein Lkw an den anderen reiht?

BURKERT: Es gibt viele Start-ups, die Container auf die Schiene bringen und wieder schnell auf die Straße umladen. Mit drei Milliarden Euro könnten wir auf Grundstücken, die dem Staat heute schon gehören, neben der Autobahn Schienen legen und Güterterminals bauen. Dafür braucht es aber den verkehrspolitischen Willen.

BRANDT: Früher hatte fast jedes Unternehmen einen Bahnanschluss. Das ist zu teuer, nicht nur für die Bahn, auch für die Firmen. Das funktioniert nur mit dem Staat. Da müssen wir uns fragen: Wollen wir die Klimaziele erreichen? Was müssen wir dafür tun? Und dann müssen wir auch eine Summe danebenscriben. Wir können nicht immer nur über Klimaziele reden.

Wann wird das Reisen mit der Bahn wieder besser?

BURKERT: Ich denke, sechs bis sieben Jahre wird es noch dauern.

BRANDT: Ja, wenn es die 45 Milliarden gibt, dauert es noch sechs bis sieben Jahre. Und da reden wir nur über neue Technik und Verjüngung der Schiene.

Und wie sieht es mit einer besseren Anbindung der Fläche aus?

BRANDT: Da müssen wir über intelligente, integrierte Konzepte nachdenken. Wir werden nicht an jede Milchkanne ein Gleis legen können.

Was müsste investiert werden, wenn Geld keine Rolle spielen würde?

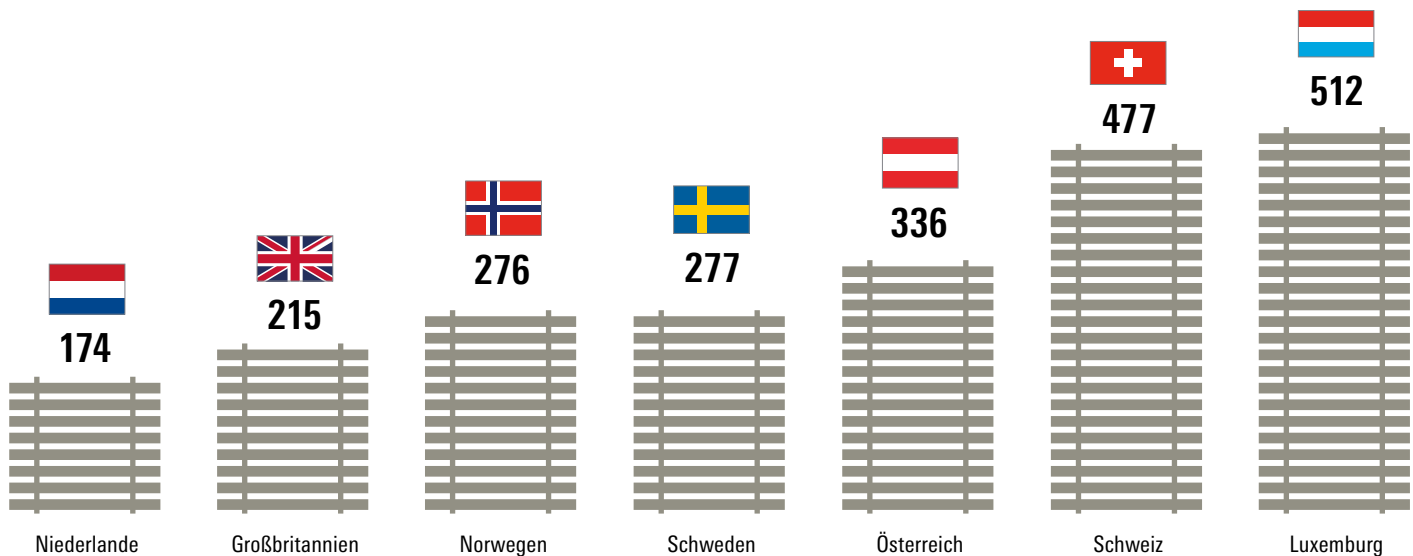
BURKERT: Der Bedarf für die Schiene liegt bei 150 Milliarden Euro. Damit wir über die notwendige Instandhaltung hinaus, die etwa 90 Milliarden kostet, auch Aus- und Neubau sowie Elektrifizierung und weitere Digitalisierung für mehr Kapazität schaffen können.

Was müsste die Politik tun, mehr Schulden aufzunehmen?

BRANDT: Natürlich kann man sich hinstellen und sagen: Wir wollen den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen. Aber wollen wir ihnen einen Schrotthaufen hinterlassen? ■

DB InfraGO

Anfang des Jahres wurden die beiden Sparten der Deutschen Bahn, die DB Netz und die DB Station & Service, unter dem Namen DB InfraGO zu einer gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte innerhalb des Konzerns zusammengelegt. Das hatte die Ampel-Regierung im Koalitionsvertrag festgelegt. Gemeinwohlorientiert bedeutet, dass die Tätigkeit am gesamtgesellschaftlichen Wohl ausgerichtet wird, und ist nicht zu verwechseln mit der steuerlich begünstigten Gemeinnützigkeit. Die neue Sparte führt ihre Gewinne an den Bund und nicht, wie bisher, an die Deutsche Bahn ab.



Legal, illegal, ganz egal

MITBESTIMMUNG Immer mehr Firmen drücken sich vor der Unternehmensmitbestimmung. Wer die Erosion aufhalten will, muss das nationale und das europäische Recht nachschärfen.

Von Kay Meiners

Was Tesla-Gründer Elon Musk über Gewerkschaften zum Besten gibt, das erinnert an die Kämpfe um das deutsche Mitbestimmungsgesetz vor einem halben Jahrhundert. Gewerkschaften, behauptet Musk, schürten „Negativität“ und „feindselige Beziehungen“ in Unternehmen. In den USA versuchte der bekennende Trump-Unterstützer schon mit allen möglichen Mitteln, Gewerkschaften draußen zu halten: Er wollte T-Shirts mit Gewerkschaftslogos verbieten, drohte gewerkschaftsaffinen Beschäftigten mit dem Verlust von Aktienoptionen, kündigte engagierten Beschäftigten. Auch in der Tesla-Gigafactory im brandenburgischen Grünheide weht ein harter Wind, selbst wenn es mittlerweile einen Betriebsrat gibt.

„Tesla ist mein erstes Beispiel, wenn ich über Umgehung der Unternehmensmitbestimmung rede“, sagt Sebastian Sick, Experte für Unternehmensrecht in der Hans-Böckler-Stiftung. Mehr als 10 000 Beschäftigte arbeiten in Deutschland für Tesla. Einen mitbestimmten Aufsichtsrat gibt

es trotzdem nicht. Dabei müssen seit 1976 in allen Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten die Aufsichtsräte paritätisch besetzt sein: die Hälfte mit den Kapitaleignern, die Hälfte mit Vertretern der Beschäftigten.

Tesla nutzt – ganz legal – ein Schlupfloch: die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft, kurz SE, für: Societas Europaea. Die Autoproduktion in Grünheide erfolgt durch die Tesla Manufacturing Brandenburg SE. „Es ist ein Unding, dass die SE überhaupt solche legalen Schlupflöcher bei der Unternehmensmitbestimmung zulässt“, sagt Jannes Bojert vom IG-Metall-Bezirk Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen. Moralische Appelle, diese Schlupflöcher nicht zu nutzen, sind überflüssig. Sie müssen politisch, vom Gesetzgeber geschlossen werden.“ Aktuell, so der Gewerkschafter, sei die IG Metall noch dabei, sich eine Position in der betrieblichen Mitbestimmung zu erkämpfen, „Dinge, die sonst in der Automobilbranche selbstverständlich sind.“ Zwar ist die IG Metall-Liste bei der letzten Betriebsratswahl die stärkste geworden, ist aber im Betriebsrat noch in der Opposition. „Wenn die Mehrheit nicht mitbestimmen und gute Regeln für die Belegschaft schaffen will, bleiben Mitbestimmungsrechte ungenutzt. Da bleibt nur der Weg, über Aufklärung der Belegschaft und betriebliche Öffentlichkeitsarbeit Mehrheiten im Gremium zu gewinnen“, sagt Bojert.

Viele schlüpfen einfach durch

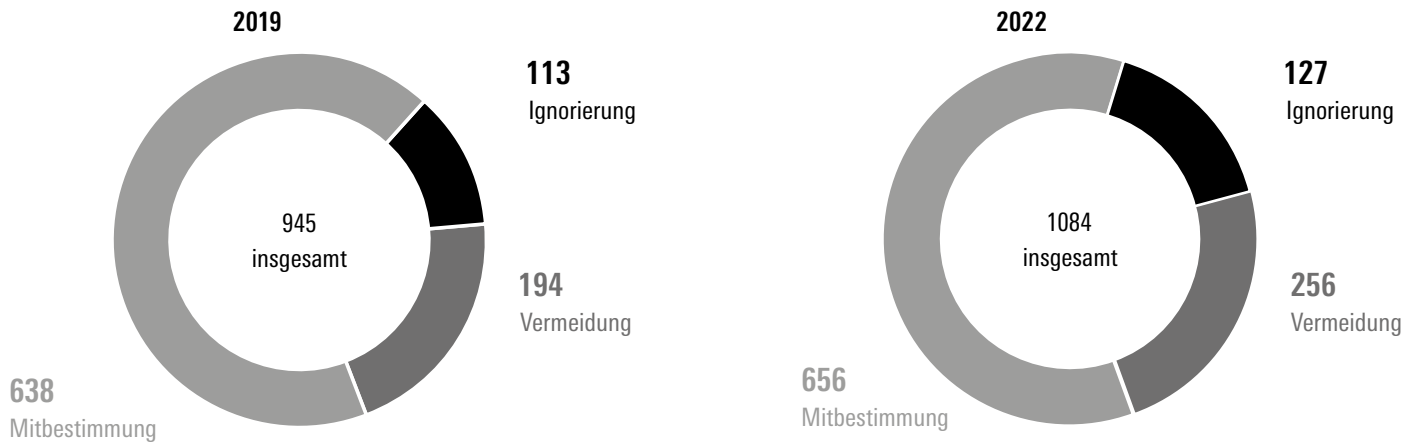
Von den 1084 Unternehmen, die in Deutschland formal unter das Mitbestimmungsgesetz von 1976 fallen, hatten im Jahr 2022 gerade einmal 60,5 Prozent einen paritätisch besetzten Auf-

Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide: Eine SE ohne mitbestimmten Aufsichtsrat.



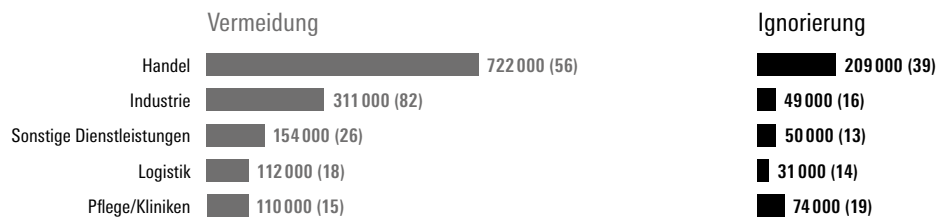
Lücken bei der paritätischen Mitbestimmung

Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten, Zahl nach mitbestimmten Unternehmen, legalen Vermeidern und illegalen Ignorierern, Jahre 2019 und 2022



In diesen Branchen ist es besonders schlimm

Beschäftigte, denen die paritätische Mitbestimmung versagt wird, Zahl in ausgewählten Branchen (in Klammern: Zahl der Unternehmen), Jahr 2022



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung/I.M.U.

sichtsrat. Dies entspricht einem Rückgang um sieben Prozentpunkte in nur drei Jahren. Von den Großunternehmen ohne paritätische Mitbestimmung ignorieren laut einer aktuellen Studie des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung 127 das Gesetz und brechen damit geltendes Recht. Noch mehr Unternehmen, 256, haben

„legale juristische Kniffe“ gefunden, mit denen sie die Mitbestimmung umgehen. Insgesamt wird mindestens 2,45 Millionen Beschäftigten die paritätische Mitbestimmung versagt. „Das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft ist hierdurch ernsthaft gefährdet“, warnt I.M.U.-Unternehmensrechtsexperte Sebastian Sick. Oft sind es Familienunternehmen, die die Mitbestimmung ►

Bedenkliches SE-Urteil

Im Mai bezog der Europäische Gerichtshof (EuGH) Stellung zu einer der umstrittensten Fragen im Recht der Europäischen Aktiengesellschaft (SE). Es ging darum, ob das Verhandlungsverfahren zur Beteiligung der Beschäftigten in einer SE einzuleiten beziehungsweise nachzuholen ist, wenn eine zunächst arbeitnehmerlose SE herrschendes Unternehmen von Tochtergesellschaften mit Beschäftigten in einem oder mehreren Mitgliedstaaten wird. Die Antwort des Gerichts war eindeutig: Nein. Das Fehlen von Regelungen zur Nachholung des Beteiligungsverfahrens sei kein Versehen, sondern eine bewusste Entscheidung des Unionsgesetzgebers. Eine solche Regelung sei im Interesse der Stabilität der bereits gegründeten SE bewusst verworfen worden.

Urteil vom 16.05.2024
(Az. C-706/22)

Die Studie

Sebastian Sick: **Erosion der Unternehmensmitbestimmung**. Zur Mitbestimmung und Mitbestimmungsvermeidung in Deutschland. I.M.U. Mitbestimmungsreport Nr. 81, Juni 2024

► missachten. Rund zwei Drittel der Unternehmen, die die paritätische Aufsichtsratsbesetzung vermeiden oder ignorieren, sind in Familienhand. Auch bestimmte Branchen gelten seit jeher als schwierig, allen voran Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Nur 28 Prozent der Handelsunternehmen mit über 2000 Beschäftigten sind paritätisch mitbestimmt.

Doch als ein „Kernproblem“, so die Studie, erweist sich immer wieder die Europäische Aktiengesellschaft. Nur jede sechste SE mit über 2000 Beschäftigten ist paritätisch mitbestimmt. Unternehmen haben durch die Umwandlung in eine SE die Möglichkeit, den aktuellen Mitbestimmungsstatus „einzufrieren“, bevor sie die Schwelle von 2000 Beschäftigten erreichen, oder gleich ohne Mitbestimmung zu starten.

Eine weniger starke Form der Mitbestimmung ist im Drittelbeteiligungsgesetz geregelt. Es gilt für Firmen, die mehr als 500, aber nicht mehr als 2000 Beschäftigte haben. Hier kommt die Böckler-Studie zu dem Ergebnis, das Gesetz sei „derart löchrig“, dass weite Teile der Unternehmen in dieser Größenklasse gar nicht erfasst werden. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 800 Unternehmen das Gesetz rechtswidrig nicht anwenden und durch Gesetzesreformen bis zu 1500 weitere Unternehmen unter den Geltungsbereich des Gesetzes fallen würden.

Der Koblenzer Automobilzulieferer Stabilus etwa nutzt eine SE, die durch Umwandlung einer SA in Luxemburg geschaffen wurde und nach der Umwandlung ihren Sitz nach Deutschland verlegte. Dies lasse, so die IG-Metall-Juristin Claudia Sowa-Fank, „die Vermutung zu, dass eine Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat auf Holdingebene ausgeschlossen werden sollte.“ Sie sagt: „Hätte man sich für ein anderes Konstrukt entschieden, beispielsweise eine grenzüberschreitende Verschmelzung, so wäre ein drittelbeteiligter Aufsichtsrat zu bilden gewesen.“

Es fehlt an harten Sanktionen

Harte Konsequenzen müssen die Mitbestimmungsignorierer nicht fürchten. Ernsthafte Sanktionen sind im Gesetz nicht vorgesehen. Sollten Beschäftigte ein gerichtliches Statusverfahren in Gang setzen, um einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat zu erzwingen, ändert selbst das in vielen Fällen wenig. Die Unternehmen können dann



H&M-Filiale in Berlin: Flucht ins niederländische Recht

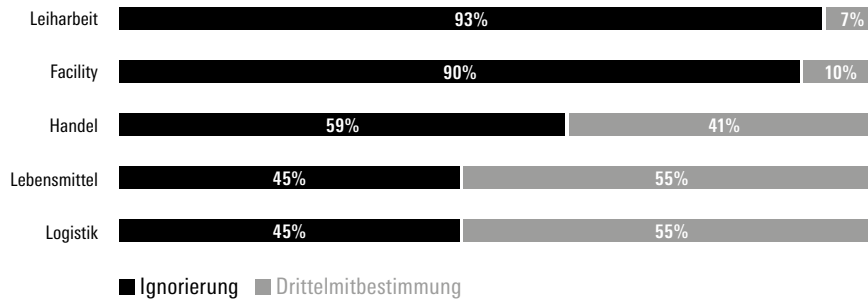
immer noch von den vielfältigen Vermeidungsmodellen Gebrauch machen, mit denen sich ein paritätisch mitbestimmter Aufsichtsrat legal verhindern lässt. So bei H&M: Die deutsche Tochter des schwedischen Textilhändlers, bis dahin eine normale GmbH, wechselte in eine niederländische B.V. & Co. KG gerade zu dem Zeitpunkt, als die Betriebsräte einen mitbestimmten Aufsichtsrat durchsetzen wollten. Der zweitgrößte Textilhändler der Welt beschäftigte im vorigen Jahr allein in Deutschland mehr als 10 000 Menschen. Doch das Management, das weltweit mit steigenden Kosten zu kämpfen hat, ist auf Sparkurs. In den letzten vier Jahren wurden über 600 Filialen geschlossen, auch im zweitwichtigsten Markt, Deutschland. Dabei würde ein mitbestimmter Aufsichtsrat nur stören.

Neuzugang mit sanftem Druck

Einen – nicht ganz freiwilligen – Sinneswandel kann man gerade beim Kreuzfahrtschiffspezialisten Meyer Werft feststellen: Im Jahr 2015, als die Geschäfte noch liefen wie geschmiert, verkündete das Unternehmen, wie in Stein gemeißelt: „Die Meyer Werft ist seit 220 Jahren ohne Aufsichtsrat erfolgreich gewesen und soll es auch zukünftig sein.“ Ein mitbestimmter Aufsichtsrat, hieß es damals, „sei extrem hinderlich“ und erschwere schnelle und flexible Entscheidungen. Heute, nur neun Jahre später, liest sich das ganz anders: „Die perspektivische Bildung eines Aufsichtsrats tragen wir mit und sind überzeugt, dass es in diesem

Die schlimmsten Sünder bei der Drittelbeteiligung

Ausgewählte Branchen mit den höchsten Quoten von Ignorierern bei der Drittelbeteiligung, Jahr 2022



Gremium eine konstruktive, vorausschauende Zusammenarbeit geben wird“, teilte die Inhabersfamilie Meyer kürzlich mit. Grund für den Sinneswandel: Die Werft steckt in einer existenzbedrohenden Krise. Sie benötigt 2,7 Milliarden Euro, um wieder in sicheres Fahrwasser zu gelangen. Ein Teil des Geldes soll in Form von Bürgschaften oder Kapitalbeteiligungen vom Bund und vom Land Niedersachsen kommen, wo 3000 der weltweit 7000 Beschäftigten arbeiten. Doch

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) stellt Bedingungen für staatliche Hilfen: Die Werft, die vor neun Jahren ihren Firmensitz, um einen Aufsichtsrat zu verhindern, nach Luxemburg verlegt und sich in eine Société à responsabilité limitée (S.a.r.l.) umgewandelt hatte, müsse zurückkehren und ein mitbestimmtes Aufsichtsgremium bekommen. Auf die Frage, ob dies eine zwingende Voraussetzung für staatliche Hilfen sei, sagte Weil in seiner bekannt spröden Art: „Ja, so sehen wir das.“ Das wäre ein Punktsieg für die Mitbestimmung – aber mehr nicht. ■



Bei Tesla erkämpfen wir Dinge, die sonst in der Automobilbranche selbstverständlich sind.“

Jannes Bojert, IG-Metall-Bezirk Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen

Was der Gesetzgeber tun kann

In Deutschland

Sinnvoll wäre eine gesetzlich bindende Klarstellung, dass die Mitbestimmungsgesetze für alle kapitalistisch strukturierten Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten in Deutschland gelten.

Im Drittelbeteiligungsgesetz gibt es keine automatische Konzernzurechnung von Beschäftigten aus Tochterunternehmen. Ein Konzern bleibt ohne jede Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat, wenn er sich in eine Holding und verschiedene Töchter aufgliedert, die jeweils maximal 500 Beschäftigte haben.

Es braucht verbesserte Regeln zur Kontrolle und Durchsetzung der Mitbestimmung.

Der deutsche Gesetzgeber muss tätig werden und das „Einfrieren“ verhindern.

In der EU

Bei der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) und analog bei einigen ähnlichen Modellen müsste dafür gesorgt werden, dass das „Einfrieren“ auf einem Status ohne oder mit geringer Mitbestimmung durch taktische Umwandlung in einem frühen Stadium verhindert wird.

Die EU sollte eine Rahmenrichtlinie verabschieden, die europaweit generelle Mindeststandards für die Arbeitnehmerpartizipation setzt.



WIR BESTIMMEN MIT

Engagiert für den Osten

Nancy Böhning, Mitglied im Aufsichtsrat des Maschinenbaukonzerns GEA

Von Martin Kaluza – Foto Stephan Pramme

Einer Partei beitreten? Das musste die Lausitzerin Nancy Böhning ihren Eltern erst einmal erklären. Sie war elf, als die Mauer fiel, die Eltern waren Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaften gegenüber nicht besonders aufgeschlossen, zu sehr hatte die Erfahrung der DDR sie geprägt. Die Tochter hat sich in den 1990er Jahren schnell politisiert: „In Brandenburg warst du entweder Nazi oder Zecke.“ Während des Studiums in Dresden – Germanistik, Soziologie und Wirtschafts- und Sozialgeschichte – trat Böhning der SPD bei. „Inzwischen ist das auch für meine Eltern gar kein Thema mehr“, sagt sie.

Die SPD wurde ihr erster Arbeitgeber, und mit dem neuen Job trat sie bei Verdi ein. Böhning arbeitete im Bundestag für die Abgeordnete Elke Ferner, leitete ab 2014 das Büro von Manuela Schwesig und 2015 das Büro der damaligen Generalsekretärin und Bundesfamilienministerin Katarina Barley. 2017 fragte Lars Klingbeil Böhning, ob sie sich vorstellen könne, SPD-Bundesgeschäftsführerin zu werden – die nächste Herausforderung, die sie annahm.

Nach über zehn Jahren im Dienst der SPD lockte Jörg Hofmann sie 2019 zur IG Metall und holte sich damit jemanden mit gut gefülltem Telefonbuch ins Haus. Seitdem arbeitet Böhning im Hauptstadtbüro der IG Metall und vermittelt zwischen Politik und Gewerkschaft.

Im Juni 2022 übernahm Nancy Böhning ein Mandat im Aufsichtsrat des Maschinenbaukonzerns GEA Group. Als damals die Anfrage kam, musste sie überlegen. „Nicht, weil ich mich geziert hätte, sondern um zu klären, ob ich die Ressourcen dafür frei machen konnte.“ Allein die Koordination mit dem Europäischen Betriebsrat macht im

Monat mindestens einen Arbeitstag aus. Und während viele Aufsichtsräte viermal im Jahr tagen, trifft er sich bei GEA acht- bis zehnmal im Jahr.

„Im Aufsichtsrat bin ich die einzige Frau unter 50 Jahren und die einzige Ostdeutsche“, sagt Böhning. Auf der Anteilseignerseite sitzen Menschen, denen sie sonst kaum begegnet wäre – eine Art Clash der Generationen und Kulturen. „Alles Kapitalisten“, sagt sie ein bisschen amüsiert. Die Kommunikation und der Umgang seien dennoch sehr wertschätzend. „Doch ich habe schnell gemerkt, dass ich viele der Codes nicht kannte.“

Als Teil der Beschäftigtenbank im Aufsichtsrat hat sie ein Augenmerk auf die Interessen der Belegschaft. Besonders liegen ihr die GEA-Standorte im Osten Deutschlands am Herzen, zum Beispiel in Prenzlau und Schkopau. Auch als Gewerkschafterin setzt Böhning sich, im Zusammenspiel mit den Geschäftsstellen vor Ort, für mehr Mitbestimmung und Tarifbindung in ostdeutschen Betrieben ein – Themen, bei denen es im Osten noch immer Nachholbedarf gibt.

Böhning hatte das Glück, dass ihre Familie ohne große Brüche durch die Nachwendezeit kam: Ihr Vater kam aus dem Tagebau und fand direkt in der Renaturierung der Abbaugruben Arbeit, ihre Mutter wurde als Lehrerin weiterbeschäftigt. Doch kennt sie das Unbehagen, in das viele Ostdeutsche mit der Wende hinein sozialisiert wurden. „Ich bin in einer Braunkohlregion aufgewachsen und habe erlebt, wie in der Lausitz alles zugemacht hat“, sagt Böhning. „Wenn man heute mit den Leuten spricht, sagen viele: Es geht ihnen gut, sie haben Jobs, es gibt wieder Sportvereine. Trotzdem sitzt tief in ihnen noch immer das Gefühl, sie seien Deutsche zweiter Klasse.“ ■

Siemensianer zeigen Flagge für Vielfalt

BETRIEBSRÄTE-PREIS Für ihre Aktionen gegen Extremismus, Rassismus und Diskriminierung wurden der Gesamt- und Konzernbetriebsrat von Siemens für die Auszeichnung nominiert.

Von **Stefan Scheytt**

Alles begann mit einem Medienbericht, der die Mitglieder des Siemensbetriebsrats erschütterte. Birgit Steinborn, Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Siemens, erinnert sich an den Tag im Januar, als der geschäftsführende Ausschuss tagte: „Als wir abends die Nachrichten über das berüchtigte Treffen in Potsdam hörten, bei dem Rechtsextreme über einen ‚Masterplan zur Remigration‘ von Millionen Menschen aus Deutschland fabulierten, waren wir entsetzt und erschrocken.“ Am nächsten Morgen stand für die Arbeitnehmervertretung fest: „Wir müssen etwas tun.“ Aus dem spontanen Impuls folgte ein Aktionsplan, für den der Gesamt- und Konzernbetriebsrat von Siemens für den Betriebsräte-Preis 2024 nominiert wurden, der beim Deutschen Betriebsrätetag im November in Bonn verliehen wird.

„Demokratie schützen, Grundwerte stärken“ betitelten die Siemensianer ihren Aktionsplan, mit dem sie für eine offene und demokratische Gesellschaft eintreten. „In den Betrieben machen wir die Demokratie, das Grundgesetz und unsere Werte als Staatsbürger und Beschäftigte zum Thema und zeigen, dass sie die Vorausset-

zung auch für freie Gewerkschaften und Mitbestimmung sind“, sagt Birgit Steinborn. „Und wir machen deutlich, dass Rechtsextremismus inakzeptabel ist. Darüber hinaus schadet er der Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze – nicht zuletzt bei einem international agierenden Unternehmen wie Siemens.“

Mehrere Tausend Beschäftigte an 65 Siemens-Standorten in ganz Deutschland griffen die Idee auf und konzipierten Aktionen für Demokratie und Offenheit. Bei Siemens in Regensburg zum Beispiel pflanzten Betriebsräte, Beschäftigte und Firmenleitung einen Apfelbaum als Symbol für die Werte des Grundgesetzes und des Unternehmens. In einem internen Videosprachen Beschäftigte über ihren Lieblingsartikel in der Verfassung. In Hamburg veranstalteten Betriebsräte und Beschäftigte eine Rallye mit Fragen zum Grundgesetz, in Leipzig fertigten sie Plakate, die an prominenten Stellen am ganzen Standort hingen. Am Berliner Siemens-Standort Nonnendammallee verteilten der Betriebsratsvorsitzende Metin Bukan und sein Stellvertreter Christian Scholz am 23. Mai, dem 75. Geburtstag der Verfassung, mehrere Hundert Exemplare des Grundgesetzes. Das ►





Birgit Steinborn, Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Siemens: „Als wir von dem Treffen in Potsdam hörten, waren wir entsetzt und erschrocken.“

Foto: Karsten Schöne



Sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben Gesicht gezeigt – und zwar nicht gegen etwas, sondern für etwas, nämlich für gemeinsame Werte.“

SASKIA KRAUSSER, Betriebsratsvorsitzende im Siemensbetrieb „Erlangen G“

► Porto für die von der Bundeszentrale für politische Bildung gesponserten Büchlein hatten die beiden aus der eigenen Tasche bezahlt. „Insgesamt konnten wir mehr als 700 von 1300 Kolleginnen und Kollegen am Standort ansprechen und für das Thema sensibilisieren“, berichtet Metin Bukan. 480 Beschäftigte nahmen am begleitenden Grundgesetz-Quiz teil. Manchmal habe es regelrechte Gänsehautmomente gegeben, wenn über Chancengleichheit, Vielfalt, Respekt, Freiheit und andere Werte gesprochen wurde und darüber, wie schützenswert – und nicht selbstverständlich – das demokratische Miteinander sei.

Auch am größten Siemens-Standort in Erlangen beteiligten sich mehrere Hundert Beschäftigte an einem Online-Quiz, andere pinneten Zettel mit ihren Gedanken und Wünschen

an eine riesige „Demokratiewand“, die die Betriebsräte vor der Kantine aufgestellt hatten. Wieder andere trugen ein paar Tage lang T-Shirts, deren Aufdruck den Anstoß für viele Gespräche gab: „Siemens ist bunt“ stand auf dem Rücken und vorne: „Menschlichkeit ist unverhandelbar, Solidarität ist unverhandelbar, Vielfalt ist unverhandelbar.“ Saskia Krauß, Betriebsratsvorsitzende im Betrieb „Erlangen G“ und eine der treibenden Kräfte der Aktionen, ist begeistert von der Resonanz in der Belegschaft: „Sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben Gesicht gezeigt – und zwar nicht gegen etwas, sondern für etwas, nämlich für gemeinsame Werte.“

Saskia Krauß und Birgit Steinborn betonen, wie wichtig es sei, dass die Arbeitgeberseite die Aktionen der Betriebsräte inhaltlich unterstützt und oft auch selber Gesicht zeigte und immer noch zeigt durch Statements bei Betriebsversammlungen und anderen Gelegenheiten. „Gleich nach dem Treffen in Potsdam haben wir in einer Aufsichtsratssitzung beim Vorstand offene Türen für unsere Pläne eingernannt“, berichtet Aufsichtsrätin Steinborn und begrüßt die deutlichen Worte, mit denen Vorstandschef Roland Busch das Unternehmen auch öffentlich gegen Extremismus, Rassismus und Diskriminierung positionierte. „Das gibt denjenigen Beschäftigten, die sich engagieren, Sicherheit und macht ihnen Mut, auf diesem Weg weiterzugehen und noch mehr Kolleginnen und Kollegen für die Sache zu gewinnen.“

Gelegenheiten fürs Mitmachen wird es noch viele geben: „Demokratie schützen, Grundwerte stärken“ ist als langfristiges Projekt bis zu den Betriebsratswahlen 2026 angelegt. ■

Spatenstich für einen Apfelbaum – als Symbol für die Werte des Grundgesetzes und des Unternehmens.



Foto: Dieter Albang/Siemens

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe Praxistipp stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

Gute Arbeitszeiten und Schutz vor Überwachung auf Montage

Arbeit im Außendienst oder im Service belastet meist mehrfach: Beschäftigte arbeiten hier oft körperlich hart, in Schicht oder auf Abruf. Sie sind während ihrer Einsätze zeitweise über Tage oder Wochen nicht zu Hause, und die Digitalisierung fordert nicht nur neue Fertigkeiten, sie birgt auch Gefahren wie fremdbestimmten Einsatz oder Überwachung und Kontrolle.

Betriebsvereinbarungen können Beschäftigte vor Fremdbestimmung durch digitale Technik schützen und Schicht- und Bereitschaftsdienste ausgewogen zwischen den Interessen der Beschäftigten und denen ihres Unternehmens regeln. Auswertungen im Auftrag des I.M.U. zeigen, wie Betriebsräte ihre Mitbestimmungsrechte hierzu erfolgreich nutzen.

So entwickelte der Betriebsrat des Maschinenbauers Homag ein Arbeitszeitmodell, mit dem das Unternehmen einen 24-Stunden-Service anbieten kann, das aber gleichzeitig den Beschäftigten ihre Arbeitszeitsouveränität lässt. Vom deutschen Standort aus bietet Homag Fernwartungen rund um die Uhr an. Die Beschäftigten können über das Internet auf die Maschinen von Kunden in der ganzen Welt zugreifen. Das Ar-

beitszeitmodell sieht verschiedene Einsatzzeiten vor, die auch täglich wechseln können. In Rufbereitschaft arbeiten die Beschäftigten nur noch einzelne Tage und nicht eine ganze Woche. Das Modell gewährleistet nicht nur Flexibilität, es begrenzt die tägliche Arbeitszeit auch bei Rufbereitschaft auf maximal zehn Stunden. Wichtig für die Akzeptanz und den Erfolg war auch die Beteiligung der Servicebeschäftigten an der Erarbeitung der Vereinbarung.

Eine andere Baustelle bearbeitete der Betriebsrat von TK Aufzüge: Zunehmend arbeiten die Beschäftigten hier mit digitalen Werkzeugen (Workforce-Management-Systeme), die beispielsweise Aufträge auch nach Qualifikationen vergeben oder Fahrtrouten optimieren und automatisch planen können. Den Einsatz dieser Software regelte der Betriebsrat in einer Gesamtbetriebsvereinbarung. Sie schließt beispielsweise Programmfunktionen aus, die Daten automatisch auf andere Systeme übertragen. Daten zu Aufträgen werden strikt von Arbeitszeit- und Lohn-daten getrennt. Damit werden automatisierte Auswertungen verhindert. Tracking durch GPS ist ausgeschlossen, und die Beschäftigten planen ihre Aufträge weiter selbst. ■



Die Porträts zum Nachlesen:

Auswärtstätigkeiten – Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (imu-boeckler.de)

In Kürze erscheint ein Video zum Thema: „KURZ & GUT“: **Auswärtstätigkeiten und Mitbestimmung** sowie die Auswertung von Betriebsvereinbarungen und ein weiteres Praxisbeispiel

Weitere Fragen an: betriebsvereinbarung@boeckler.de



LÜCKEN MIT LÖSUNGEN FÜLLEN

ARBEIT DER ZUKUNFT Die Hans-Böckler-Stiftung lädt wieder zur Labora ein. Schon seit Monaten arbeiten die Macherinnen am Programm. Ein Blick in den Maschinenraum.

Von **Gunnar Hinck** – Fotos **Stephan Pramme**

Im Büro der Macherinnen sieht es schwer nach Arbeit aus: Stelltafeln und Whiteboards stehen dort, eine Besprechung jagt die nächste. Lisa Bastens Team, dazu gehören Lisa Schrepf, Nicola Schröder und Francesca Poletzky, steckt gerade in der finalen Phase der Vorbereitungen für die Labora, das jährliche große Treffen im Berliner Café Moskau, diesmal am 19. September, bei dem es um die Arbeit der Zukunft geht.

„Fill the gap“ – füll(t) die Lücken, ist das diesjährige Motto. „Wir gingen bei der Motto-Suche von den aktuellen Herausforderungen aus“, erzählt Lisa Basten. Das sind zum Beispiel der Umgang mit Künstlicher Intelligenz, der Fachkräftemangel und die Verbindung von Klimaschutz und Guter Arbeit. „Dabei stehen wir heute vor viel Erreichtem, aber auch vor vielen Fragezeichen – und Lücken.“ Beim Brainstorming des Teams fielen auch andere Schlagwörter: Gräben, Diffe-

Das Labora-Team der Stiftung: Nicola Schröder,
Lisa Schrepf, Lisa Basten, Francesca Poletzky (v.l.n.r.)

renzen, Defizite. „Aber irgendwann hatten wir es. Es geht uns um die Benennung, aber auch um das Füllen-Können und Füllen-Müssen dieser Lücken mit konkreten Lösungsansätzen“, sagt Lisa Basten. Francesca Poletzky ergänzt: „Wir wollen uns nicht hinter den Lücken verstecken. Wir möchten eine Plattform sein, auf der Allianzen gebildet werden können, um Lösungen zu diskutieren.“

Den Faden wieder aufgreifen

Der Call, der Aufruf an andere Organisationen, für die Labora eigene Ideen einzubringen, setzte die inhaltlichen Pfeiler: Demokratie stärken, Bildung in der Transformation, Künstliche Intelligenz und Macht sind einige von ihnen. „Wir haben gezielt danach gesucht, wo wir weiterdenken wollen“, sagt Lisa Schrepf. „Wir haben einerseits die gewachsene Labora-Community angeschrieben, andererseits geguckt, welche Organisationen und Perspektiven wir bisher noch nicht eingeladen haben.“

Im vergangenen Jahr gehörte das Spannungsfeld zwischen ökologischer Transformation und damit einhergehenden gesellschaftlichen Polarisierungen zu den Schwerpunkten der Labora. Verdi-Chef Frank Werneke kündigte eine engere Allianz mit der Klimabewegung an, für die stellvertretend Luisa Neubauer von Fridays for Future auf dem Podium stand.

Der Faden soll dieses Jahr aufgenommen werden. „Wir wollen uns Verbündete suchen und schauen, welche spannenden Diskussionen es gibt, die wir auf der Labora aufnehmen wollen. Es geht um die gemeinsame Gestaltung der Transformation“, sagt Nicola Schröder. „Zu diesem Thema will die Labora Antworten finden.“

Strategien gegen Fachkräftemangel

So geht es dieses Jahr in mehreren Programmpunkten darum, was für Folgen der Fachkräftemangel auf die klimagerechte Transformation der Arbeit hat und welche Strategien es dagegen gibt. Eine Session fragt, welche neuen Bündnisse es in der Berufsorientierung braucht. An anderer

Stelle blickt die Labora genauer auf drei Branchen mit ihren spezifischen Problemen bei der Personalgewinnung: die Automobil- und die Elektroindustrie und das Handwerk.

Die Soziologin Lianara Dreyer vom Wissenschaftszentrum Berlin erforscht im von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Kolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Handwerksbetriebe. Ihre Forschungsergebnisse stellt sie auf der Labora vor. Weitere Foren beschäftigen sich mit Leiharbeit in der Kinderbetreuung, den Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz für den Journalismus und der Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Neu ist dieses Jahr das Format „Impulse“ – laut Lisa Basten eine inhaltliche „Druckbetankung“ in Form von 15-minütigen Vorträgen. Dazu kommen die Panels auf großer Bühne, unter anderem mit dem GdP-Vorsitzenden Jürgen Kopelke, dem IG BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis, dem Verdi-Vorsitzenden Frank Werneke und der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi, sowie Sessions mit der Möglichkeit zur Diskussion sowie die Ausstellung, auf der die Partnerorganisationen ihre Forschungsergebnisse oder Projekte vorstellen können. Die Sessions und Impulse werden von über 50 Partnerorganisationen konzipiert, zu denen öffentliche und private Forschungsinstitute, Umweltorganisationen und Unternehmen gehören.

Digital ins Gespräch kommen

Alles, was im Café Moskau stattfindet, wird auch in diesem Jahr digital begleitet. Über ein neues digitales Konferenzttool können die Gäste noch leichter als früher miteinander ins Gespräch kommen. „Es gibt auch die Möglichkeit, direkt in Kontakt zu kommen, wenn man sich in dem Gewusel nicht findet, um über ähnliche Themen und Projekte zu reden“, erklärt Francesca Poletzky. Das sei wichtig, betont Lisa Schrepf: „Die Labora lebt von dem Austausch zwischen Mitbestimmungsakteuren, Politik, Wissenschaft und ganz vielen, die einfach interessiert an den Themen rund um die Arbeit der Zukunft sind.“ ■

Das gesamte Programm der
Labora und Anmeldung unter:

LABOR.A® 2024
(labora.digital)



Im Herzen der Stahlbranche

MITBESTIMMUNG In Hattingen trafen sich die „Engeren Mitarbeiter der Arbeitsdirektoren“. Es gab einen runden Geburtstag zu feiern – und einen Ausblick in eine CO₂-arme Zukunft.

Von **Kay Meiners** – Foto **Dietrich Hackenberg**

Hat Stahl aus Deutschland noch eine Zukunft? Unbedingt – wenn es nach dem Willen des Kreises geht, der sich in Hattingen in der geschichtsträchtigen Henrichshütte versammelte. Allerdings, das war einhellige Meinung hier, braucht es dazu die Hilfe der Politik. Das Netzwerk, gegründet im Boomjahr 1964 als „Engere Mitarbeiter der Arbeitsdirektoren Eisen und Stahl“, ist eine Ideenschmiede für ein besonders humanes, fortschrittliches Personalmanagement, verkörpert in der Person des Arbeitsdirektors, der mit dem Vertrauen der Arbeitnehmerschaft für die Belegschaft und das Unternehmen gleichermaßen da sein sollte.

In der Henrichshütte malochten damals Tausende Beschäftigte; ein paar Jahre davor hatte man eigens die Ruhr umgeleitet, um das Werksgelände zu vergrößern. Mittlerweile ist die Hütte ein Museum sowie Tagungsort, und das Netzwerk nennt sich genderkonform „Engere Mitarbeiter*innen der Arbeitsdirektor*innen Stahl“. Die Arbeitsgemeinschaft feiert hier ihr 60-jähriges Bestehen zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeberseite und der Politik. Die grüne NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur gratulierte per Videobotschaft: „Ihr Netzwerk steht für eine vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Mitbestimmung und zeigt eindrucksvoll, wie wichtig diese Partnerschaft für den Erfolg und die Stabilität der deutschen Stahlindustrie ist.“ Zugleich forderte sie in diesem Zusammenhang eine grüne Industrie: „Eine nachhaltige und klimaneutrale Industrie ist der einzige Weg, um langfristig Arbeitsplätze zu sichern und das bestehende Wertschöpfungsnetz in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln.“

Der Stiftungsvertreter in der Arbeitsgemeinschaft, Jan-Paul Giertz vom Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.), moderierte und erinnerte an frühere Zeiten, wo noch Anzüge und Zigaretten das Bild prägten: „Heute geht es legerer und diverser zu, aber manches ändert sich auch nicht.“ Dazu gehören das besondere Verständnis für eine arbeitnehmerorientierte Personalarbeit mit hohem sozialem Anspruch, aber auch die starken zyklischen Schwankungen der Branche. Aktuell ist sie wieder im Krisenmodus. Mit der



politisch gewollten Umstellung auf die Eisenreduktion mit Wasserstoff statt mit Kohle, was die CO₂-Emissionen um 95 Prozent senken würde, steht gleichzeitig ein technischer Wandel an, der seinesgleichen sucht. Man will die modernsten Stahlwerke der Welt mit kluger Industriepolitik am Standort halten, auch wenn diese nach der reinen Marktlogik vielleicht kurzfristig nicht zu halten wären.

Jetzt kommt der Wasserstoff

Die Umstellung der Stahlindustrie auf Wasserstoff, die „maximalen Veränderungsdruck“ bedeute, werde die Beschäftigtenzahlen tendenziell sinken lassen, erklärte der Personalvorstand und Arbeitsdirektor der Saarstahl AG und der Dillinger Hütte, Joerg Disteldorf. Die 90 000 Beschäftigten der Branche, von denen die meisten in Nordrhein-Westfalen arbeiten, sind vergleichsweise gut geschützt. Die starke Montanmitbestimmung markiert nach wie vor den Goldstandard für die Beschäftigten. Sie sorgt dafür, dass betriebsbedingte Kündigungen nur im äußersten Notfall ausgesprochen werden, und kommt den Ideen einer echten Demokratie in der Wirtschaft so nahe wie kein anderes Modell. Dennoch gibt es Sorgen: „Es herrscht eine hohe Unsicherheit in den Belegschaften. Sie haben Angst, dass das Modell ins Kippen kommt“ – so beschrieb Knut Giesler, der Bezirksleiter der IG Metall NRW, die Lage.



Die Unternehmen konstatieren, dass die Branche ohne eine dauerhafte Hilfe nicht überleben kann. Gunnar Groebler, Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG, die für etwa ein Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich ist, erklärte zwar, das Ziel sei, „Stahl weiter wettbewerbsfähig produzieren zu können“. Den Milliardenzuschüssen für die Wasserstofftechnik stünden immerhin auch Milliardeninvestitionen gegenüber.



Filmvorführung in Hattingen: Es gab viel Lob für den Film von Simone Schillinger.

tionen gegenüber. Doch es bedürfe weiterer Hilfe wie „Leitmärkte für grünen Stahl, etwa in der öffentlichen Beschaffung oder in der Autoindustrie“. Kerstin Maria Rippel, die Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, forderte zugleich niedrigere Strompreise, einen Außenhandelschutz heimischen Stahls und Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur: „Unsere Wettbewerbsfähigkeit steht massiv unter Druck.“

Die Arbeitsdirektoren und -direktorinnen stimmten Rippels Forderungen zu. „Wir brauchen Verlässlichkeit. Wir brauchen Planungssicherheit über politische Legislaturperioden hinweg“, erklärte etwa Beatrice Fiege, Geschäftsführerin Personal und Arbeitsdirektorin bei der Ilsenburger Grobblech GmbH.

Grüner Stahl ist teurer als konventioneller. Das könnte sich ändern, je nachdem, wie der regulatorische Rahmen ausgestaltet wird.

Engagiert für die Demokratie

Seit mehr als einem halben Jahrhundert arbeiten die Arbeitsdirektorinnen und -direktoren und ihre engeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen mit der Mitbestimmung an guten personalpolitischen Lösungen, deren Wirksamkeit der Titel der Konferenz, „Wirtschaft – Demokratie – Gute Arbeit“, zusammenfasst. „Wir kümmern uns um das wichtigste Gut im Unternehmen“, sagte etwa David Schweda, Leiter des Personalbereichs bei Mannesmann Precision Tube. Eine längst nicht mehr selbstverständliche Herangehensweise, die es wert wäre, von der Politik neben den grünen Leitmärkten auch mit sozialen Leitmärkten unterstützt zu werden, schlug Moderator Jan-Paul Giertz in der Debatte vor. Gerade angesichts neuer totalitärer Bedrohungen, multipler Krisen und der Wahlerfolge der AfD sind wirtschaftsdemokratische Ansätze wichtiger denn je. Die Menschen, die in Hattingen zusammenkamen, sehen ihre Aufgabe auch darin, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. In den sechs Themencafés der Konferenz ging es vor allem um gesellschaftspolitische Projekte, um moderne Formen der politischen Bildung, um die Erinnerung an NS-Verbrechen oder die zeitgemäße Ansprache von Jugendlichen, die nicht mehr von selbst eine Ausbildung im Stahlwerk beginnen. Was in Hattingen vorgestellt wurde, zeugt von einem hohen Engagement – nicht nur für die Branche, sondern für die Demokratie insgesamt. ■

Dokumentarfilm

Regisseurin Simone Schillinger musste viele Interviews und Telefonate führen, Archive durchforsten und alte VHS-Videobänder auslesen. Entstanden ist daraus eine 25-minütige Dokumentation über das Netzwerk, die auf der Hattinger Konferenz gezeigt wurde. Der Film ist hier zu sehen:



STIFTUNG

Entlastung in der akademischen Rush Hour

WISSENSCHAFT Mit dem zum siebten Mal vergebenen Maria-Weber-Grant gibt die Hans-Böckler-Stiftung drei herausragenden Wissenschaftlerinnen mehr Zeit zum Forschen.

Eigentlich haben sie gleich mehrere Vollzeitjobs auf einmal: Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die den Traum von der universitären Karriere nach dem Dokortitel nicht aufgeben wollen, müssen so viel wie möglich forschen, publizieren, an Konferenzen teilnehmen – und an ihren Hochschulen zugleich Lehr- und Verwaltungsaufgaben erfüllen, die wegen der dünnen Personaldecke zumeist nicht eben knapp bemessen sind. In dieser „Rush hour“ des akademischen Lebens will die Hans-Böckler-Stiftung mit dem jetzt zum siebten Mal verliehenen Maria-Weber-Grant für Entlastung sorgen. Damit mehr Zeit für die Forschung bleibt, wird drei Wissenschaftlerinnen zwölf Monate lang eine Teilvertretung für die Lehre finanziert.

Die Preisträgerinnen kommen aus den unterschiedlichsten Disziplinen, doch eines haben sie gemeinsam: Ihre Forschung ist exzellent. Die politische Ökonomin Lea Elsässer geht der Frage nach, warum im Bundestag kaum noch Abgeordnete aus nichtakademi-

schen Berufen sitzen und wie es sich auswirkt. „Wenn die Verteilung sozioökonomischer Ressourcen über politische Teilhabe und den Zugang zu politischen Ämtern entscheidet, ist das Gleichheitsversprechen der Demokratie verletzt“, sagt die wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Mainz. Elsässer schaut insbesondere auf die Rolle, die die Gewerkschaften für die soziale Repräsentanz im Parlament spielen. Oder spielen sollten. Denn sie versteht ihre Forschung nicht nur als Erkenntnisgewinn, sondern ausdrücklich auch als ersten Schritt zur Veränderung: „Zu verstehen, wie diese Ungleichheiten zustande kommen, kann einen gesellschaftlichen Beitrag dazu leisten, sie zu verringern.“

Mit Mehrsprachigkeit beschäftigt sich die Sprachwissenschaftlerin Judith Purkarthofer. So untersucht sie, wie Herkunftssprachen erhalten werden können, wenn Kinder in einer Pflegefamilie untergebracht werden. Sie möchte den sprachlichen Aushandlungsprozessen in mehrsprachigen Familien auf den Grund gehen. Und sie analysiert, welche Rol-

le Kitas und Schulen für Teilhabe und Förderung spielen können, wenn sie nicht nur einsprachig gedacht werden. „Sprache kann gebraucht werden, um zu diskriminieren, aber auch, um sich dagegen zu wehren“, erklärt die Juniorprofessorin an der Universität Duisburg-Essen. „Das interessiert mich.“

Klassische Grundlagenforschung betreibt die Chemikerin Stefanie Gärtner. „Es gibt nur 82 stabile Elemente auf der Erde“, sagt die Akademische Oberrätin an der Universität Regensburg. „Sie alle adäquat zu verstehen, ist unsere Aufgabe.“ Gärtner möchte die Geheimnisse von Thallium lüften, einem extrem giftigen und schweren Metall, das die Analytik in der Vergangenheit noch an Grenzen habe stoßen lassen. Über die salzartigen Strukturen, die aus der Verbindung mit anderen metallischen Elementen entstehen können, sei kaum etwas bekannt. Von kristallografischen Nüssen, die es zu knacken gelte, spricht die Forscherin und vom Privileg, das es für sie bedeute, derartige Grundlagenforschung leisten zu dürfen. ■

Von **Joachim F. Tornau**



Foto: Thomas Ränge



Foto: Stephen Petrat



Foto: Karsten Schöne

Die Wissenschaftlerinnen Judith Purkarthofer, Lea Elsässer und Stefanie Gärtner (v.l.n.r.) und erhielten in diesem Jahr den Maria-Weber-Grant.

VERTRAUENSDOZENT

Florian Rödl wird Verfassungsrichter

Foto: Michael Fahrig



Florian Rödl, Vertrauensdozent der Stiftung und Leiter des Promotionskollegs „Gerechtigkeit durch Tarifvertrag“ ist zum Verfassungsrichter im Land Berlin gewählt worden. Verfassungsrichter sind ehrenamtlich tätig. Rödl lehrt seit 2016 als Professor für bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht an der FU Berlin. Er hat Jura, Philosophie und Politik studiert und wurde 2008 vom Europäischen Hochschulinstitut in Florenz promoviert. In Frankfurt habilitierte er sich 2014 mit der Schrift „Gerechtigkeit unter freien

Gleichen“, in der er das kantische Vernunftrecht kritisiert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Grundlagen des bürgerlichen Rechts und des kollektiven Arbeitsrechts sowie dem Recht der Arbeitsbeziehungen und der Sozialstaatlichkeit unter Einfluss des Unionsrechts. Das von ihm geleitete Promotionskolleg untersucht die Grundlagen der Tarifautonomie und ihrer verfassungsrechtlichen Garantie. ■

UMGANG MIT POPULISMUS

Die Versprechen der Demokratie einlösen

Die Parteien am rechten Rand konnten bei der Europawahl zulegen. Über Ursachen und Folgen sprach Dirk Jörke, Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt, im Nachgang der Wahlen in der Hans-Böckler-Stiftung. Jörke macht für die Entwicklung unter anderem die Spaltung von Gesellschaften in Modernisierungsgewinner und -verlierer, den Kontrollverlust des Staates durch Privatisierungen etwa über den Immobilienmarkt und die Hinwendung der Altparteien zur Mitte und ihren Werten verantwortlich.

Für den Umgang mit den Wählerinnen und Wählern der „neuen Rechten“ sieht er zwei Wege: Der abwehrende Weg betone die liberale Seite der Demokratie. Die moralische Ausgrenzung der Anhänger und Anhängerinnen des Populismus reproduziere jedoch ihr Gut-Böse-Schema und bestätige sie in dem Selbstverständnis, dass sie gesellschaftlich nicht respektiert werden. Letztendlich verstärke sie die Spaltung.

Im Gegensatz dazu nennt er den verstehend-analytischen Weg, wobei er „verstehend“ nicht mit „entschuldigend“ gleichgesetzt wissen will. Es gehe vielmehr darum, die Ursachen zu ergründen. Eine sieht Jörke im aktuellen Zustand westlicher Demokratien, die ihre Versprechen nicht mehr einlösen, das Versprechen etwa, dass der Einzelne mit seiner Stimme Einfluss hat und Demokratie die soziale Gleichheit verbessert. ■

KURZ GEMELDET

Neuer Referent am HSI

Foto: Frank Rumpfenhorst



Laurens Brandt ist seit dem 1. Juni als Wissenschaftlicher Referent für Arbeitsrecht am Hugo Sinzheimer Institut (HSI) beschäftigt. Brandt ist Jurist, hat mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung im

Arbeitszeitrecht promoviert und zahlreiche Aufsätze in juristischen Zeitschriften veröffentlicht zu Themen wie Nacharbeit, Urlaub oder den Rechten von Betriebsräten und migrantischen Beschäftigten. ■

Expertin für Nachhaltigkeit

Foto: Frank Rumpfenhorst



Alexandra Schädler leitet seit dem 1. Juli das Referat Wirtschaft und Nachhaltigkeit im I.M.U. Schädler hat Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule in Mainz studiert und arbeitete für die Unter-

nehmensberatung KPMG; zuletzt war sie 17 Jahre lang in der Vorstandsverwaltung der IG Metall im Funktionsbereich Betriebspolitik tätig. Sie hat dort Betriebs- und Aufsichtsräte in betriebswirtschaftlichen Fragen beraten und war für das Qualifikationsprogramm für Aufsichtsräte verantwortlich. ■

Tarifprojekt am WSI

Foto: Kai-Uwe Knoth



Johannes Specht arbeitet seit dem 1. Juli am WSI und forscht dort zu Tarifbewegungen in Niedriglohnbranchen – eine vergleichende Untersuchung von Tariffrunden der Gewerkschaften IG BAU, Verdi und NGG.

Die Tätigkeit bei der Stiftung ist auf die Projektdauer befristet. Zuvor hat Specht 15 Jahre lang als Gewerkschaftssekretär der NGG gearbeitet, zuletzt als Leiter der Tarifabteilung beim Hauptvorstand. ■

Thema: Investitionen

STIFTUNG Energiewende, Straßen- und Schienennetze, Digitalisierung und Pflege sind nur einige Baustellen, die auf staatliche Investitionen warten. Aber auch die Wirtschaft muss investieren. Welche Investitionen es braucht, wie sie geleistet werden können, daran arbeiten viele Menschen in der Stiftung.

Von Fabienne Melzer



SEBASTIAN DULLIEN ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Im Mai hat das IMK zum zweiten Mal gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft eine Studie zu notwendigen staatlichen Investitionen herausgebracht.



SEBASTIAN WATZKA leitet das Referat Europäische Makroökonomie am IMK. Er beschäftigt sich unter anderem mit der Bedeutung öffentlicher Investitionen für die makroökonomische Entwicklung der EU.



CHRISTOPH PAETZ betreut im Referat Steuer- und Finanzpolitik des IMK unter anderem das Thema EU-Investitionsfonds.



ALEXANDER SEKANINA kümmert sich am I.M.U. unter anderem um das Thema Finanzinvestoren und ihre Folgen für Beschäftigung und Investitionen in betroffenen Unternehmen.



KATJA RIETZLER ist am IMK zuständig für Steuer- und Finanzpolitik. Eines ihrer aktuellen Projekte dreht sich um die Bedeutung der Personalausstattung für öffentliche Bauinvestitionen in NRW-Kommunen.



MAGDALENA POLLOCZEK beschäftigt sich am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut mit Investitionen von Betrieben in ihre Zukunft durch ihre Beteiligung am Ausbildungssystem.

Fotos: Manuela Zydor (1), Stephan Pramme (2), privat (3,9), Peter Himsel (4), Ulrich Baatz (5,6), Stephen Petrat (7), Frank Rumpenhorst (8), Anke Dörschlen (10)

JENNY DEMIRCIOLU arbeitet im Referat Bewerbung der Studienförderung und entscheidet mit über die Förderung junger Menschen.



MAXI LEUCHTERS arbeitet am Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) zu den Themen Taxonomie und Sustainable Finance.



EIKE HEBECKER arbeitet in der Studienförderung ebenfalls an der Vergabe von Stipendien mit – eine Investition in die Bildung.



HELENE LANGBEIN befasst sich am Hugo Sinzheimer Institut mit rechtlichen Rahmenbedingungen für soziale Verantwortung in Investitionsbeziehungen.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK

Studie von IMK und IW



Rund 600 Milliarden Euro muss der Staat in den kommenden zehn Jahren zusätzlich investieren, will er Gesellschaft und Wirtschaft zukunftsfähig machen. Das rechnen das IMK und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer gemeinsamen Studie vor. Auch wenn die Summe gigantisch klingt, kommen die Institute zu dem Schluss, dass der Staat sie durchaus tragen kann.

Sebastian Dullien/Simon Gerards Iglesias/Michael Hüther/Katja Rietzler: **Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation.** IMK Policy Brief Nr. 168, Mai 2024

Investieren trotz hoher Schulden

Seit 2020 steuern Autorinnen und Autoren des IMK jedes Jahr Beiträge zum European Public Investment Outlook bei. Der inzwischen vierte Band in der Reihe befasst sich mit dringend notwendigen öffentlichen Investitionen unter dem Druck hoher Staatsschulden. Das dritte Kapitel behandelt Deutschland.

Floriana Cerniglia/Francesco Saraceno (Hrsg.): **Financing Investment in Times of High Public Debt.** European Public Investment Outlook. Cambridge, Open Book Publishers 2023

Transformation

Wie die Wirtschaft klimaneutral werden kann und welche Risiken der Wandel birgt, beschreibt der Ökonom Gustav Horn: Die Politik ist gefordert, Umbrüche ohne Verwerfungen zu gestalten. Dazu müssen positive Anreize wie die Förderung von Innovationen stärker im Vordergrund stehen.

Gustav A. Horn: **Wirtschaftspolitik in der Zeitenwende.** Working Paper Forschungsförderung Nr. 332, April 2024

Die Feministin

An der östlichsten Universität Deutschlands, in Frankfurt an der Oder, erforscht die Rechtswissenschaftlerin Eva Kocher die Lage von Menschen, die nur selten vor Gericht gehen.

Von Jeannette Goddar – Foto Rolf Schulten

Frisch promoviert, abenteuerlustig, den Blick nach Brasilien gerichtet – im Leben jedes Menschen gibt es diese Momente, in denen Weichen gestellt werden. Eva Kocher saß im Büro von Heide Pfarr. Eigentlich wollte sie von der Grande Dame des Arbeitsrechts, lange auch Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, nur ein Gutachten für ein Stipendium in Belo Horizonte. Doch Heide Pfarr sah in der 30-Jährigen mehr als nur eine einstige Studentin. „Komm schnell aus Südamerika wieder“, empfahl sie, „dann schreiben wir ein Buch, und du habilitierst dich.“

„Professorin, das sind nicht nur andere, das könnte auch ich sein – der Gedanke war mir nie gekommen“, erinnert sich die heute 59-jährige Eva Kocher in der kleinen Teeküche im vierten Stock eines in den letzten Jahren der DDR errichteten Wohnhauses in Frankfurt an der Oder. Seit 15 Jahren hat sie einen Lehrstuhl für bürgerliches Recht, europäisches und deutsches Arbeitsrecht sowie Zivilverfahrensrecht an der wohl interessantesten Unigründung seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Europa-Universität Viadrina, die seit 1991 Brücken in das nur durch die Oder getrennte Polen wie nach Osteuropa insgesamt schlägt.

In dem zu einem Unigebäude umfunktionierten Haus in der spätsozialistischen Fußgängerzone arbeiten unter anderen auch das Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies und das Center B/orders in Motion, mit dem ihr Lehrstuhl später am Tag noch

zu einem Vortrag lädt. Das Thema: die Rechte häuslicher Angestellter in Lateinamerika.

Das Soziale mit dem Rechtlichen verbinden, den Menschen ins Zentrum stellen, das ist das Ziel der gebürtigen Stuttgarterin. Schon eine Promotion interessierte sie erst, als sie als Teamerin am DGB-Bildungszentrum Hamburg-Sasel erlebte, wie Recht für Betriebsräte in der Praxis wirkt: „Welches Ziel habt ihr? Welche Instrumente gibt es? Wie könnt ihr sie umsetzen? Mit diesem



Foto: privat

Eva Kocher als Studentin

Dreisprung kommt man oft zu guten Ergebnissen“, erzählt sie. Ihr von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Promotionsthema „Sozialplangestaltung bei Einführung neuer Techniken“ fragte in den frühen 1990er Jahren danach, wie der Einzug neuer Technologien mit Qualifizierung und Umschulung einhergehen könne – und nicht nur mit Entlassungen und Abfindungen.

An der Viadrina benannte sie ihren Lehrstuhl so um, dass sich auch Forschende mit anderen Blickwinkeln angesprochen

fühlen. „Center for Interdisciplinary Labour Studies“ heißt er und bringt Ansätze der Rechts-, Sozial- und Kulturwissenschaften zusammen. „Es gibt zahllose Menschen, die in prekären Verhältnissen arbeiten und vor Gericht kaum auftauchen“, erläutert Eva Kocher. „Nur interdisziplinär können wir ihre Lage erforschen und so möglichst auch ihre Unsichtbarkeit beenden.“

Wie so etwas gelingen kann, wird am Beispiel der Fahrradkuriere deutlich, denen das Bundesarbeitsgericht 2021 mit einem bemerkenswerten Urteil den Rücken stärkte: Wer Menschen via App beauftragt, mit dem Fahrrad Dinge auszufahren, muss ihnen Dienstrad und -handy zur Verfügung stellen. Zur Sichtbarmachung der Kuriere trug ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt bei, in dem Eva Kocher mitarbeitete.

Über sich selbst sagt Eva Kocher: „Ich war schon immer Feministin.“ Wie für ihre Mentorin Heide Pfarr gehören Arbeits- und Frauenrechte für sie stets zusammen. Als Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung entwickelte sie 2017 eine heute längst etablierte Kennzahl mit, den Gender Care Gap, der deutlich macht, wie viel mehr Zeit Frauen für unbezahlte Tätigkeiten im Haushalt und für die Familie aufwenden als Männer. Es bleibt also viel zu tun für Eva Kocher, die zugleich feststellt: „Vielen jungen Juristinnen ist ein feministischer Zugang zu Arbeits- und Sozialrecht ein Anliegen. Das ist doch ein gutes Zeichen.“



Die gebürtige Stuttgarterin Eva Kocher hat im äußersten Osten der Republik ihre Wirkungsstätte gefunden.

EVENTS TERMINE, DIE SICH LOHNEN

Foto: HBS



Forschungsverbund „Wendezeiten“

Die Transformationszeit nach dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung wirkt bis heute nach. Die Abschlussstagung des Forschungsverbunds „Wendezeiten“, konzipiert von der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung und der Forschungsstelle „Transformationsgeschichte“ der Universität Leipzig, nimmt die Rolle und die Bedeutung der Gewerkschaften in der Transformationszeit und darüber hinaus in den Blick.

Themen der Panels sind gewerkschaftliche Strategien und Konzepte in der Transformation. Welche Spuren hinterließen sie in der Mitbestimmungskultur der Betriebe? Wie gestaltete sich der Neuaufbau der Gewerkschaften? Wie veränderte sich die Geschlechterfrage in der Transformation?

In zwei Podien werden die Nachwirkungen der Transformationserfahrungen der 1990er diskutiert. Welche Schlussfolgerungen können daraus für gegenwärtige Transformationsprozesse gewonnen werden? Wo lagen und liegen Gestaltungsmöglichkeiten? Welche Erkenntnisse haben wir gewonnen? ■

Vom 24. bis 25. September in Leipzig

Anmeldung:
veranstaltungen@boeckler.de



Komplettes Programm:

Foto: Hermes/SHMH



Vom 4. September 2024 bis 28. April 2025 in Hamburg



„Dein Paket ist da“

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die goldene Ära des Versandhandels. Otto, Quelle und Neckermann wurden zu treuen Wunscherfüllern der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft. Die Ausstellung „Dein Paket ist da. Shoppen auf Bestellung“ lässt die vergangenen Jahrzehnte

Revue passieren. Die von der Otto-Gruppe unterstützte Ausstellung möchte aber auch die Prozesse hinter den Kulissen aufzeigen, den Wert und die Menge der zu leistenden Arbeit verdeutlichen und den Versandhandel in den Kontext unserer modernen Konsumgesellschaft einordnen.

Maschinenbaukonferenz

Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Vertreter aus Wissenschaft und Politik diskutieren auf der Maschinenbaukonferenz gemeinsam, wie die Chancen und Risiken auf dem Weg zu einem klimaneutralen Maschinen- und Anlagenbau gemeistert und im Interesse der Beschäftigten gestaltet werden können.

Vom 9. bis 11. September in Berlin

Anmeldung:
veranstaltungen@boeckler.de



Informationen zur Konferenz:

Gegen Stammtischparolen

Wer kennt das nicht: In Gesprächen mit der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz gibt plötzlich jemand abwertende, rassistische oder hasserfüllte Stammtischparolen zum Besten. Der von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Evangelischen Akademie Hofgeismar konzipierte Workshop soll die Fähigkeit stärken, sich auch an unbequemen Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Vom 10. bis 11. Oktober in Hofgeismar

Anmeldung:



FMM-Konferenz

Die diesjährige FMM-Konferenz des IMK, „Progressive Perspectives in Times of Polycrisis“, befasst sich mit möglichen Konflikten zwischen Zielen wie Dekarbonisierung, Wachstum, dem Wunsch nach einer besseren Work-Life-Balance, Gender-Gerechtigkeit und Arbeitszeitverkürzung – und dies alles vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Konflikte und Kriege.

Vom 24. bis 26. Oktober in Berlin

Anmeldung:
fmm@boeckler.de



Call for papers:

Förderlinie Transformation

Was bedeutet Transformation konkret im Betrieb und in der Region? Dieser Frage widmet sich die Workshop-Reihe „Förderlinie Transformation“. Sie bietet die Chance, Praxisprojekte bis in die Details kennenzulernen. Das können einzelne konkrete Lösungen sein, aber auch Vorgehensweisen oder Ideen und Strategien, aus denen heraus etwas umgesetzt wird.

Am 27. September online

Anmeldung:
foerderlinietransformation@boeckler.de

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: Frank Rumpfenhorst



Und jährlich grüßt das Murmeltier

LAURENS BRANDT zur neuen alten Diskussion um die Einschränkung des Streikrechts in systemrelevanten Berufen.

Man kann schon fast die Uhr danach stellen: Wenn Pflegekräfte, Beschäftigte im Bahnverkehr oder bei der Müllabfuhr für ihre berechtigten Forderungen streiken, gibt es immer einige Stimmen, die dieses Recht einschränken wollen. In diesen Berufen, heißt es jedes Mal zur Begründung, nähmen Arbeitskämpfe die Allgemeinheit in „Geiselnhaft“. Entwürfe, wie das Recht eingeschränkt werden soll, werden dann flugs aus der Schublade gezogen. Gesetz wurden sie bisher nie, und so könnte man die aktuelle Diskussion achselzuckend ignorieren. Doch das würde die Gefahr unterschätzen, wie ein Blick nach Großbritannien zeigt. Dort hat die konservative Regierung kürzlich das Streikrecht in systemrelevanten Berufen stark eingeschränkt. Ob es in Deutschland dazu kommt, ist ungewiss, aber steter Tropfen höhlt den Stein. Und so könnte die permanente Diskussion Gerichte beeinflussen, die über das Verbot von Streiks oder massive Schadensersatzklagen gegen die Gewerkschaften entscheiden.

Dabei geht es um ein hohes Gut. Damit abhängig Beschäftigte am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden, braucht es gute Tarifverträge, und diese können ohne wirklichen Arbeitskampf nicht erreicht werden. Kaum ein Arbeitgeber wird freiwillig mehr

Geld ausgeben. Tarifautonomie ohne Streikrecht wäre, in den Worten des Bundesarbeitsgerichts, nur kollektives Betteln, und deshalb ist Streiken ein Grundrecht.

Natürlich belastet beispielsweise ein Streik im Gesundheitswesen auch die unbeteiligten Kranken. Dennoch müssen gerade Pflegekräfte die Chance haben, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Während der Pandemie wurden sie beklatscht, kürzlich bezifferte eine Studie die Lohnlücke zwischen sozialen und anderen Berufen jedoch auf 17 Prozent. Auch Streiks der Beschäftigten im Bahnverkehr sorgen stets für Aufregung, hier sind die Probleme aber hausgemacht. In den letzten Jahrzehnten verloren im Zuge des geplanten Börsengangs Beschäftigte der Bahn ihren Beamtenstatus, was ihre Arbeitsbedingungen gravierend verschlechterte. Dafür dürfen sie nun streiken, was die Rechtsprechung Beamten verbietet. Ihr Streikrecht zu beschränken, würde sie doppelt bestrafen.

Zudem sind Streiks nicht nur Belastungen. Im Gegenteil, die Allgemeinheit profitiert von ihnen. Häufig richten sie sich gegen die Auswirkungen einer verfehlten Sparpolitik, die Krankenhäuser oder den Verkehr profit- statt gemeinwohlorientiert organisiert. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten,

sondern auch die Allgemeinheit. Streiks für mehr Personal in den Krankenhäusern erfolgen daher unter dem Motto „Mehr von uns ist besser für alle!“ breite Unterstützung aus der Bevölkerung. In der Nahverkehrsrunde demonstrierte Fridays for Future gemeinsam mit Verdi, weil die Verkehrswende nur gelingt, wenn genügend Menschen Bus und Bahn fahren wollen und können.

Wo die Einstellung des Betriebs Dritte gefährdet, wurden immer Notdienste eingerichtet. Die Beschäftigten und die Gewerkschaften begreifen dies als ihre Aufgabe. Eine gesetzliche Regelung, die zudem weit über einen tatsächlichen Notdienst hinausginge, ist daher nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern auch unnötig. Sie würde nur den Beschäftigten ihr Recht nehmen, wirksam für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Es bleibt daher zu hoffen, dass die Diskussion wie in den letzten Jahren verläuft: im Sande. ■

LAURENS BRANDT ist wissenschaftlicher Referent für Arbeitsrecht am Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung.

Mehr als nur Reichtum

WISSENSCHAFT Ein neues Buch fragt, wie man Wohlstand definiert. Herausgekommen ist eine Begriffsgeschichte, die von der Antike bis in die Gegenwart reicht. Sie zeigt, wie politisch Ökonomie ist.



Ein ganzes Buch über ein Wort zu schreiben, ist ein Wagnis. Doch in diesem Fall gibt es einen guten Grund. Schließlich ist das Wort „Wohlstand“, um das es geht, einer jener Begriffe, die ständig benutzt, aber viel seltener klar definiert werden. Enge Definitionen, die sich auf individuellen Güter- und Geldwohlstand stützen, stehen ebenso in der Kritik wie das Bruttoinlandsprodukt

pro Kopf als Wohlstandsmaß. Sebastian Thieme, wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Sozialakademie Österreichs in Wien, hat jetzt eine umfangreiche Ideengeschichte des Wohlstands verfasst, die sich hauptsächlich an Studierende richtet. Das Buch ist ein Produkt des Forschungsschwerpunkts „Wohlstand neu definieren“ der Sozialakademie. Indem Thieme einen Überblick über die Geschichte der Verwendung des Begriffs in der Ökonomik sowie die Schwierigkeiten und Perspektiven der wirtschaftstheoretischen Auseinandersetzung gibt, zeigt er, wie sehr die Vorstellung von Wohlstand kulturellen und sozialen Faktoren unterworfen ist. Es existieren heute verschiedene Verständnisse des Begriffes nebeneinander, die in spezifische Narrative eingebettet sind. Thieme hat auch Nachschlagewerke und Lehrbücher verschiedener Denkschulen ausgewertet. Je nach Denkrichtung werden staatliche Eingriffe hier als Gefahr, dort als Garant für den Wohlstand gesehen.

Es sind vor allem die kapitalismuskritischen Lehrbücher, die das Verständnis von Wohlstand modernisieren und dabei verschiedenen Aspekten Rechnung tragen. Dazu zählen Zeitwohlstand, Raumwohlstand, die Tragfähigkeit der Natur sowie Generationengerechtigkeit. Es geht wieder, wie schon einmal in der vormodernen Zeit, um das gute Leben, nicht nur um Geld oder Besitz. Thieme stellt fest, dass sich „sozial-ökologischer Wohlstand nicht auf Güterwohlstand reduziert, sondern andere Aspekte umfasst, die sich vielleicht auch nicht immer messen und einer Berechnung zuführen lassen.“ Doch finden sich auch innerhalb der heterodoxen Ökonomie Unterschiede,

das zeigt der Vergleich einer Einführung in die Mikroökonomik von Adelheid Biesecker und Stefan Kesting aus dem Jahr 2003 mit dem VWL-Lehrbuch von Heinz-Josef Bontrup und Ralf-Michael Marquardt aus dem Jahr 2021. In der Zusammenschau zeigt der Autor, dass das ältere Buch das normativ fundiertere ist.

Thieme selbst schlägt am Ende vor, den Begriff Wohlstand „dynamisch, offen und prozessorientiert“ zu denken. Neben Klärungen rund um die Definition und Messbarkeit des Wohlstands dürften vor allem zwei Fragen die weitere Diskussion bestimmen: erstens die Frage, ob Wohlstand immer an Wachstum gebunden ist, und zweitens die Frage, in welchem Verhältnis individueller und gesellschaftlicher Wohlstand zueinander stehen. Thieme schreibt, dass ein sozial-ökologischer Wohlstandsbegriff zumindest nicht zwingend ein Wachstumspostulat erfordert: „Eine sozial-ökologische Perspektive muss nicht wachstumsfeindlich sein, ist sich aber sehr wohl der natürlichen Grenzen bewusst, auf die ein wie auch immer geartetes Wirtschaftssystem stößt.“ Hier kehrt ein sehr alter Gedanke in die Diskussion zurück, denn auch die antiken Denker waren wachstums-skeptisch. Zur zweiten Frage ist zu sagen, dass Thieme den Terminus vom „gesellschaftlichen“ oder „sozialen“ Wohlstand für problematisch hält – unter anderem, weil er als „Strategiemittel“ dienen kann, um davon abzulenken, dass Teile der Gesellschaft in Armut leben. Er empfiehlt, ganz konkret jene Teile der Gesellschaft zu benennen, die in Wohlstand oder in Armut leben. ■

Von Kay Meiners

Sebastian Thieme: **Wohlstand. Ideengeschichtliche Positionen von der Frühgeschichte bis heute.** Stuttgart, utb 2024. 316 Seiten, 29,90 Euro

Fazit

**EINEM KERNBEGRIFF DER ÖKONOMIE
AUF DEN ZAHN GEFÜHLT**

Europas soziale Bilanz



In dieser Bestandsaufnahme zum sozialen Europa, die noch vor den Europawahlen erschien, haben Forscherinnen und Forscher die Sozialpolitik der vergangenen Legislaturperiode analysiert. Die vom Europäischen Gewerkschaftsbund beauftragte Studie hebt den Wiederaufbaufonds als Reaktion auf die Coronapandemie hervor. Erstmals nahm die EU als Ganzes gemeinsam Schulden auf. Auch der Green Deal erhält Lob. Beides stehe für einen sozialen

„Paradigmenwechsel“, die neoliberale Wirtschaftspolitik sei weniger dominant als noch vor zehn Jahren. Auch die Vorschrift für angemessene Mindestlöhne in der EU sei dafür ein Beispiel. Für den Fall einer Erstarkung der Rechten bei den Europawahlen, wie er jetzt eingetreten ist, prognostizieren die Autorinnen und Autoren verstärkte Auseinandersetzungen um die Fortschritte der vergangenen Jahre. ■

Von **Marius Ochs**

European Trade Union Institute (ETUI): **Benchmarking Working Europe 2024**. The ongoing quest for Social Europe. S. Hirzel Verlag 2024

Streikgeschichten



Die Frankfurter Rundschau nannte ihn eine „Ausnahmeerscheinung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“: Jürgen Hinzer, der frühere Bundesstreikbeauftragte der NGG, hat 167 Arbeitskämpfe organisiert und ist bis heute zur Stelle, wenn er gebraucht wird, getreu dem Motto: „Wer nicht hören will, muss fühlen.“ Das Buch von Claus-Jürgen Göpfert, das im vergangenen Jahr zu Hinzers 75. Geburtstag erschien, zeigt, dass auch kleine

Gewerkschaften unter harten Bedingungen streiken können. Und wie! In Brauereien, Milchbetrieben und Hotels, aber auch bei Coca-Cola, Nestlé oder Maggi. Dieses Buch macht Mut. ■

Von **Dirk Manten**

Claus-Jürgen Göpfert: **„Wer nicht hören will, wird bestreikt!“**. Jürgen Hinzers Arbeitskampfgeschichten in der Gewerkschaft NGG seit 1979. Hamburg, VSA-Verlag 2023, 216 Seiten, 16,80 Euro

DREI FRAGEN AN SASCHA LÜBBE

Foto: Jacobia Dahm



Sascha Lübbe ist Journalist und Autor eines Buches über die Ausbeutung von Arbeitsmigranten.

Warum und für wen haben Sie dieses Buch geschrieben?

Für die breite Bevölkerung – sie denkt in der Regel nicht darüber nach, wer die Menschen sind, die in Deutschland Wohnungen bauen, Gebäude reinigen und Pakete ausfahren. Für die ausländischen Beschäftigten selbst – um ihnen eine Stimme zu geben. Aber auch für Entscheider und Entscheiderinnen aus Wirtschaft und Politik – damit sich etwas ändert.

Wie wird „ganz unten im System“ gearbeitet?

In allen Branchen, die ich mir angesehen habe, wird gegen Gesetze und Vorschriften verstoßen. Die ausländischen Beschäftigten müssen oft länger arbeiten als erlaubt, sie bekommen mitunter kein Urlaubsgeld und kein Geld im Krankheitsfall, nicht selten rennen sie ihrem Lohn hinterher. Viele sind in Abhängigkeitsverhältnissen gefangen. An ihrem Job hängt oft auch die Unterkunft, mitunter sogar das Recht, in Deutschland zu leben.

Wie kann man diesen Leuten wirklich helfen?

Es braucht ein Umdenken – in der Wirtschaft, der Politik, der breiten Bevölkerung. Es muss gesellschaftlicher Druck entstehen. Die Menschen müssen wissen, unter welchen Bedingungen ausländische Beschäftigte im Niedriglohnssektor arbeiten und wie sie leben. Darum war es mir wichtig, ihre Geschichten zu erzählen. Das geplante Tarifrechtgesetz auf Bundesebene wäre ein Schritt, um etwas zu verändern. ■

Die Fragen stellte **Dirk Manten**.

Private Equity in der Pflege



Die Pflegebranche lockt Finanzinvestoren an. Seit dem Jahr 2008 steuern Investoren auch die Alloheim-Gruppe, einen Pflegeheimbetreiber, der immer wieder in der öffentlichen Kritik stand. Die Branche ist attraktiv – nicht nur, weil die Wette auf das Wachstum des Marktes durch den demografischen Wandel fast risikofrei ist, sondern auch, weil noch viele kleine Anbieter auf dem Markt existieren, „was Möglichkeiten einer Buy-and-build-Strategie erleichtert“, so die Autoren dieser Fallstudie zu Alloheim. So ist es auch zu erklären, dass etwa ein Drittel der 30 größten Pflegeheimbetreiber Private-Equity-Firmen gehören.

Für die Beschäftigten bedeuten private Investoren oft keine guten Nachrichten. So ist etwa die Abdeckung der Alloheim-Gruppe mit Betriebsratsstrukturen deutlich verbesserungswürdig. Zwar schreiben die Autoren, dass unklar sei, ob die Eigentümerstruktur direkt mit der niedrigen Anzahl von Betriebsräten zusammenhänge. Laut Verdi-Vorstandsmitgliedern, mit denen die Forscher für die Studie sprachen, stehen die wenigen Betriebsräte und die Mitglieder aber unter Druck, ihre Tätigkeit wird vom Management als störend betrachtet. Bei den Gesprächen mit den Verdi-Vertreterinnen und -Vertretern sowie der Befragung der Beschäftigten, die wegen der Pandemie nur online stattfand, zeigen sich die so entstehenden Probleme. Tarifverträge oder eine klare Gehaltsstruktur gibt es meist nicht. Der Informationsfluss von der Geschäftsleitung zu den Beschäftigten sei oft gering, was bei Entscheidungen der Leitung immer wieder zu Unverständnis bei den Beschäftigten führe. 80 Prozent der befragten Pflegekräfte sehen den Einstieg der privaten Investoren negativ. Die Unvereinbarkeit von Profit und Qualitätsvorgaben beunruhigt sie. Dass diese Bedenken etwas an der Strategie der Private-Equity-Firmen ändern – auch, wenn das Marktumfeld aktuell schwieriger geworden ist – ist nicht abzusehen. ■

Von **Marius Ochs**

Reiner Rang/Heinz Schmitt: **Finanzinvestoren in der Pflegebranche**. Fallstudie Private Equity am Beispiel der Alloheim-Pflegegruppe. Working Paper Forschungsförderung Nr. 327, Juni 2024

Zukunft der Zuckerbranche



Trotz allerlei Bemühungen, das zeigt diese Studie, wird sich der Fachkräftemangel in der Zuckerindustrie verschärfen. Im Personalmanagement fordern die Beschäftigten, die Betriebsräte mehr einzubinden. Es gibt aber auch gute Nachrichten: Die Arbeitsbedingungen sind ordentlich, die vier zuckererzeugenden Unternehmen Nordzucker, Pfeifer & Langen, Südzucker und Cosun sind alle tarifgebunden, bis auf Cosun haben alle einen Gesamtbetriebsrat. Der Weg zur Klimaneutralität ist eingeschlagen, neue Produkte sichern die Beschäftigung. ■

Von **Marius Ochs**

Katharina Schöneberg/Katrin Schmid: **Branchenanalyse Zuckerindustrie**. Working Paper Forschungsförderung Nr. 336, Juni 2024

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie [boeckler.de](https://www.boeckler.de) (Veröffentlichungen).

Wer wählt das BSW?



Am 23. Oktober 2023 hat Sahra Wagenknecht ihren Austritt aus der Linken und die Gründung ihrer eigenen Partei bekannt gegeben; ein gutes halbes Jahr später schickt das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) sechs Abgeordnete ins Europaparlament. Kurz vor der Wahl legten Helge Emmeler und Daniel Seikel vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung eine

Analyse der Wählerstruktur vor. Mehr Ost- als Westdeutsche hegen Sympathien für die Partei, Arbeiter fühlen sich besonders angesprochen, ebenso wie bisherige Wählerinnen und Wähler der Linken und der AfD. Viele werden aber auch von der SPD abgeworben. ■

Von **Marius Ochs**

Helge Emmeler/Daniel Seikel: **Wer wählt das Bündnis Sahra Wagenknecht?** Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung. WSI-Report Nr. 94, Juni 2024

DAS POLITISCHE LIED



Maurice Conrad & Bruneau: CSD in Sonneberg (2023)

Es ist CSD in Sonneberg
 Und die AfD empört
 Überall ist Party
 weil den Landrat unsre Party stört

REGENBOGEN STATT AfD

Es ist der 25. Juni 2023, die Stimmen der Kommunalwahl im thüringischen Landkreis Sonneberg sind ausgezählt: Der AfD-Kandidat Robert Sesselmann hat die Stichwahl mit 52,8 Prozent gegen den amtierenden CDU-Landrat Jürgen Köpper gewonnen. Zum ersten Mal erringt die AfD ein kommunales Spitzenamt. Der neue Landrat gilt als Anhänger des rechtsextremen Landesparteiheads Bernd Höcke. Seine Wahl ist ein Schock.

Der Mainzer Kommunalpolitiker und Aktivist Maurice Conrad überlegt, was eine angemessene Antwort wäre. Wie könnte man der AfD und ihrer Wählerschaft möglichst plakativ zeigen, dass man ihr das Feld nicht überlässt? Ganz klar: Sonneberg braucht einen CSD, einen Christopher Street Day, die Stolz-Parade der auch als LGBTQ bezeichneten Bewegung von schwulen, lesbischen, bisexuellen und transsexuellen Menschen. Conrad steht für alle Werte, die die AfD ablehnt. Er setzt sich für Klimaschutz und Seenotrettung ein und macht sich für LGBTQ-Anliegen stark. Als Gründungsmitglied der Klimaliste Rheinland-Pfalz sitzt er seit 2019 im Mainzer Stadtrat. Früher war er Mitglied der Piraten, inzwischen ist er zu den Grünen gewechselt.

Conrad tut sich mit dem Musiker Bruneau zusammen. „AfD tut es weh, wenn du Glitzer im Gesicht hast“, rappt Bruneau, und Conrad ergänzt: „Doch er ist frustriert, denn er hat nicht in der Hand/Wie wir aussehen, wen wir lieben, wie wir uns kleiden.“ Die Kernbotschaft lautet: „Straight oder queer oder ally, egal/Hauptsache, wir zeigen, wir sind noch da.“

Conrad und Bruneau fahren nach Sonneberg, um vor Ort das Video zu dem Song zu drehen – Conrad in bauchfreiem Top und Shorts, alle geschminkt, die Pride Flag immer dabei. Sie überkleben die Toilettentüren am Rathaus mit genderneutralen Symbolen. Und dann läuft tatsächlich Landrat Robert Sesselmann mit seiner Aktentasche durchs Bild, während Conrad im Hintergrund rappt.

Eine einschüchternde Atmosphäre liegt während des Videodrehs über der Stadt. „Bruneau und ich konnten wieder abfahren“, schreibt Conrad in seiner taz-Kolumne „Änderstudies“. „Aber was ist mit den Menschen vor Ort? Mit denen, die sich gar nicht erst trauen, auf dem Rathausplatz in einem Musikvideo mitzuwirken, weil sie Angst haben, ihre Beteiligung könnte für sie zum Problem werden?“ Nicht ohne Grund. Schließlich berichtet Op-

ferberatung „ezra“, dass der Landkreis Sonneberg 2023 zu einem Hotspot rechter Gewalt in Thüringen geworden ist.

Einer der ersten Kommentare zu dem Video stammt von User 777MelB: „Hey guys, ich feiere euch!!!! Ich komme aus Südthüringen, habe viele Jahre in Sonneberg gelebt und habe da immer noch Familie. In der Zeit damals habe ich einige heimlich(!) Schwule und Lesben kennengelernt! Ein echter CSD, wenn auch nur mit zehn Teilnehmern, wäre echt der Burner!!“

Ein Jahr später wird der Wunsch Wirklichkeit: Aus der Kleinstadt heraus organisiert, mit Unterstützung der Community aus dem 25 Kilometer entfernten Coburg, findet am 20. Juli 2024 erstmals ein CSD in Sonneberg statt. Nicht zehn, sondern über 630 Menschen versammeln sich unter dem Motto „Bunte Provinz“. Auf der Abschlusskundgebung performen Maurice Conrad & Bruneau ihren Song. Der nächste CSD in Sonneberg ist da schon längst beschlossene Sache. ■

Von **Martin Kaluza**



Das Lied hören/ansehen:

Weltweites Monitoring



www.fes.de/themenportal-gewerkschaften-und-gute-arbeit

Wer Näheres über die Auswirkungen der autoritären Politik Viktor Orbáns auf die Mitbestimmung in Ungarn oder über das Streikrecht im Südsudan erfahren will, ist bei den Gewerkschaftsmonitoren der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) genau richtig. Die SPD-nahe Stiftung kooperiert seit Jahrzehnten mit den Gewerkschaften in ihren Partnerländern und stellt laufend aktuelle und verlässliche Berichte online.

Ein großes Plus der Gewerkschaftsmonitore, die über die Lage der Gewerkschaften und ihre Rechte in über 70 Ländern berichten, ist ihr genauer Blick auf die Details. So ist die Situation in den europäischen Ländern höchst unterschiedlich. Erfreulich ist die Entwicklung in Rumänien, wo in den Jahrzehnten der Deregulierung der Wirtschaft und gewerkschaftsunfreundlicher Gesetzgebung die Rechte und Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften immer weiter ausgehöhlt wurden. Das hat sich jetzt gedreht: Nun ist es seit 2022 für die Gewerkschaften wieder möglich, auch in kleineren Betrieben Tarifverhandlungen zu führen. In Tschechien waren die gesetzlich

verankerten Rechte der Gewerkschaften seit 1990 immer stark, aber ihr Einfluss schwand. Seit einigen Jahren wächst aber das Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften, sagen demoskopische Untersuchungen. Und in Spanien, wo sich die Gewerkschaften als politische Richtungs-gewerkschaften verstanden, werden die Mitglieder durch Migration und einen prekären Arbeitsmarkt merklich heterogener. Dadurch entwickelt sich ein Potenzial für eine gewerkschaftliche Revitalisierung. Die Fachleute in der Stiftung für die einzelnen Regionen sind mit ihren Kontaktdaten auf der Website aufgelistet. Die Länderberichte sind als PDF abrufbar. ■■

Von Gunnar Hinck

**GEWERKSCHAFTSINFOS
AUS ÜBER 70 LÄNDERN**

SOCIAL MEDIA

Holt euch TikTok zurück!

Für junge Leute ist die App TikTok mittlerweile die Informationsquelle Nummer eins. Das Video „Reclaim TikTok“ (Holt euch TikTok zurück) analysiert, wie Rechtsextreme die Plattform nutzen, um die Generation Z zu erreichen – leider mit Erfolg. TikTok befördert durch Emotionalisierung einfache Botschaften, erklärt der Digitalexperte Marcus Bösch. Der Soziologe Aladin El-Mafaalani erklärt die Empfänglichkeit von Teilen der Jugend mit Orientierungslosigkeit. Die Macher vom Digitalverlag Hash-tag Media stellen Gegenrezepte und Strategien gegen Hass und Fake News auf TikTok vor. ■



„einigkeit“ als App

Die kostenlose App der NGG-Mitgliederzeitschrift „einigkeit“ ist auch für diejenigen interessant, die nicht Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit in den NGG-Branchen machen. In der aktuellen Ausgabe geht es unter anderem darum, wie es der NGG beim sächsischen Unternehmen Teigwaren Riesa in einem Bundesland mit niedriger Tarifbindung gelang, Mitglieder zu werben und Druck bei Tarifverhandlungen zu machen. In einem anderen Beitrag werden Wege aufgezeigt, wie der Frauenanteil in Betriebsräten erhöht werden kann. Regelmäßige Updates zum Stand der Tarifrunden gehören zum festen Programm der Zeitschrift. ■

Apple Store und Google Play

AUS DER STIFTUNG

Podcast für Aufsichtsräte

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) hat jetzt einen eigenen Podcast: „Fokus Aufsichtsrat – Das Update für starke Mitbestimmung“. Er informiert über die neuesten Entwicklungen in der Aufsichtsratswelt und gibt praktische Tipps für das Beschäftigtenmandat. Der Podcast startete mit einem Rückblick auf die Europawahl und was sie für europäische Beschäftigtenrechte bedeutet. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze ist zu Gast und analysiert kurzweilig und klug den Wirtschaftsstandort Deutschland. In der nächsten Folge beschäftigen sich die Gäste mit den Szenarien für die Entwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Europa. ■

<https://fokus-aufsichtsrat-podcast.podigee.io/>



Foto: Kernfilm

„Sold City“. D 2022

Regie: Leslie Franke, Herdolor Lorenz.
Weitere Infos: <https://sold-city.org/de/>



Infos:

FILMTIPP

Schöner Wohnen

Die Monetarisierung von Grundbedürfnissen ist das Lebensthema der Filmemacher Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Hatten sie zuvor die Wasserwirtschaft („Water Makes Money“, D 2010) und das Gesundheitswesen („Der marktgerechte Patient“, D 2018) porträtiert, schauen sie mit ihrem neuen Werk „Sold City“ drei Stunden lang auf die Wohnungsmärkte – ein Begriff, bei dem sie bereits innehalten. Sie erinnern daran, dass es bis 1990 gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen gab, die die Mieten nicht beliebig erhöhten. Einnahmen mussten in Bestand und Ausbau investiert werden. Es galt darüber hinaus das Prinzip „Einmal gefördert, immer gebunden“.

Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, der Lösung von Sozialbindungen und dem Verkauf großer Wohnraumbestände wurde aus dem Mietbau ein profitabler Geschäftszweig. Mit Vonovia und Deutsche Wohnen entstanden in den letzten Jahren Konzerne mit Hunderttausenden Wohnungen im Bestand, die renditeorientiert arbeiten. Die Filmemacher beleuchten Betriebsstrukturen und Geschäftsinteressen rund um den knappen Wohnraum. Dann ist die Gegenseite dran: Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“ machen ihre Position deutlich, Mieter berichten aus dem Alltag sowie Beschäftigte von Hilfsvereinen – Stoff für Konflikte und viel Leid.

Ebenso wichtig wie der dramatische Ist-Zustand sind positive Gegenbeispiele, die der zweite Teil bietet: In Wien wurde der kommunale Wohnraum nie verkauft, die Preise blieben unten. Singapur baut schöne Häuser, die in kommunaler Hand bleiben. Mit Dachgärten, die an Reisfelder gemahnen und öffentlichen Grünanlagen auch im elften Stock. „Sold City“ ist aufgrund seiner Länge und vielleicht auch wegen der Härte seines Inhalts zweigeteilt, ein immenses Werk mit langer Haltbarkeit, wie alles von diesem Regie-Duo. Der Film wurde zum Teil aus Spenden finanziert. Der DGB-Ruhr-Mark, der ÖGB und viele Verbände gehören zu den Förderern. ■

Von Jürgen Kiontke

RÄTSEL Im Jahr 1974 schickt die konservative britische Regierung Millionen Beschäftigte in zwangsweise verordnete Freizeit. Mit einer Dreitageweche und Stromsperrn will Premier Edward Heath die streikenden Bergarbeiter auskontern.

Von Guntram Doelfs

Foto: Mironpix





Chatham, später Nachmittag: Die Frisur sitzt. Auch von einem erzwungenen Blackout lassen sich an diesem Januartag 1974 die Friseurinnen in Fisher's Hairdressing Salon in der Grafschaft Kent nicht beeindrucken. Im Licht von Kopflampen, die an die Lampen der Bergleute in den heimischen Kohleminen erinnern, wird weitergearbeitet. An Stromausfälle ist man in Großbritannien gewöhnt. Doch dieser ist anderes – er ist die Folge einer verordneten Dreitageweche. In den Wintertagen um den Jahreswechsel 1973/1974 kommt es zu einem Kräftemessen zwischen der Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) und der konservativen Regierung unter Edward Heath. Die Krise wird Heath zum Rücktritt zwingen.

Die Anfänge des Konfliktes reichen bis in das Vorjahr zurück. Das hoch verschuldete Großbritannien wird von einer galoppierenden Inflation heimgesucht, die Reallöhne fallen dramatisch. Gleichzeitig kommt es infolge des Jom-Kippur-Krieges zur ersten großen Ölpreiskrise. Die britischen Kohlekraftwerke, die die Stromversorgung sicherstellen, sind unersetzbar. Das will die NUM nutzen und ruft Arbeitskämpfmaßnahmen aus. Durch Verweigerung von Überstunden sollen die heimische Kohleproduktion halbiert und so höhere Löhne durchgesetzt werden. Weil sich NUM und Regierung nicht auf einen Kompromiss einigen können, beschließt die Tory-Regierung Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung, darunter die Dreitageweche.

Seit dem Jahreswechsel arbeiten viele Briten bei Kerzenschein im Büro und bibbern, eingehüllt in Schlafsäcke und Decken. Die Rolltreppen in den U-Bahnhöfen stehen still. Das Fernsehen stellt um 22:30 Uhr den Betrieb ein. Der Alltag wird auf ein Mindestmaß heruntergedimmt. Schon Mitte Januar sind nach Schätzungen zwei Millionen Menschen arbeitslos, weiteren acht Millionen droht dieses Schicksal. Die Stahlproduktion sinkt auf die Hälfte. Hunderte Unternehmen stehen vor dem Bankrott. Während die Gewerkschaften einen Generalstreik diskutieren, ergreift Heath die Flucht nach vorn und ruft Neuwahlen aus. Die Wahlen enden mit einem Patt, sein Labour-Kontrahent bildet eine Minderheitsregierung. Die neue Regierung hebt die Beschränkungen der Dreitageweche auf, und die Kohlekumpel bekommen 35 Prozent mehr Lohn. ■

Rätselfragen

Wie hieß der Premierminister, der Edward Heath ablöste?

1984/85 kam es erneut zum Kampf mit den Gewerkschaften. Welchen Spitznamen erwarb sich dabei die regierende Premierministerin?

In welchem Jahr soll die Gewinnung von Strom aus Kohle im Vereinigten Königreich enden?

Alle richtigen Einsendungen, die bis zum **23. September** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung:

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 3/2024

Weimar / Graduate School of Design / Hannes Meyer

Den 1. Preis hat Thorsten Hardt aus Andernach gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Karin Wegener aus Berlin, Hans Pehl aus Frankfurt und Lothar Köster aus Kempten.

BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



ZUM TITELTHEMA „KUNSTSTOFFE UND KREISLAUFWIRTSCHAFT“ IN AUSGABE 03/2024

Titelthema gut erklärt

Lothar Kamp, ehemals Leiter der Abteilung Mitbestimmungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung, schreibt:

„Mit der aktuellen Ausgabe des Magazins Mitbestimmung gelingt es, in einer von sozialen Medien durchfluteten Welt einen sinnvollen Punkt mit einem Printmedium zu setzen. Es wird der wichtige Schwerpunkt Kunst-

stoffe gesetzt – ihre Produktion, ihr Recycling, ihre Zukunft. Durch die Erläuterungen von Zusammenhängen, auf knappem Raum gebündelt, fühlt man sich hinterher schlauer. Mit den Grafiken – anders als in sozialen Medien möglich – wird die Bedeutung der Kunststoffe im Alltag super vermittelt. Es werden Betriebsräte dargestellt, die in ihrer Arbeit die Sicherung von Arbeitsplätzen mit einer nachhaltigen Wirtschaft verbinden, eine wichtige Ergänzung zur Tätigkeit von Managern.“

ZUR EM-GESCHICHTE „WIR MACHEN'S MÖGLICH“ IN AUSGABE 03/2024

Das Geld lieber anders ausgeben

Dieter Lehr schreibt auf Facebook:

„Es gibt wohl Wichtigeres als die Europameisterschaft. Die öffentlichen Ausgaben wären im Sozialbereich besser angelegt.“

ZU PRO & CONTRA, „SOLL DIE TÄGLICHE HÖCHSTGRENZE BEI DER ARBEITSZEIT FALLEN?“, IN AUSGABE 03/2024

Alles richtig so wie es ist

Antonia Liebertz-Krämer aus Hamburg schreibt:

„Das Arbeitszeitgesetz ist so, wie es ist, genau richtig und schützt die Gesundheit aller Beschäftigten und hilft gegen unbelehrbare Arbeitgeber. Für eine vernünftige Arbeitszeitgestaltung ist eine Gesetzesänderung nicht erforderlich. Hier bedarf es ‚nur‘ einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Mitbestimmung bzw. Beschäftigten. Viele Tarifverträge bieten heute schon eine hohe Flexibilität der Arbeitszeit und sind völlig ausreichend und helfen, Beruf sowie Freizeit und Familie in Einklang zu bringen, auch im Interesse der Arbeitgeber. In 45 Jahren als Betriebsrätin und Arbeitnehmerin habe ich festgestellt, dass die tägliche Höchstgrenze sehr wichtig ist und nicht geändert werden sollte.“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Geschäftsführerin:

Claudia Bogedan

Redaktion:

Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139

Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titeltemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktionsassistenz: Angelika Söhne

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Grafik/Layout/Produktion/Lithographie:

Signum communication GmbH, Heidelberg,

Nadine Bernhardt, Oliver Weidmann, Jutta Stuhlmacher,

Anja Daum

Titelfotos: Anton Delchmann, Karsten Schöne, Stephan Pramme

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:

foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:

Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



BPC-165FF

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 5 | Oktober 2024

Gesundheit am Arbeitsplatz

Zu fast allen Fragen gibt es gesetzliche Regeln, die Unternehmen zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen am Arbeitsplatz einhalten müssen. Bei der Umsetzung dieser Regeln müssen auch Betriebsräte gefragt werden. Doch nicht nur bei der Prävention von Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz spielt die Mitbestimmung eine Rolle. Auch wenn Beschäftigte nach langer Krankheit wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren oder wenn Arbeitsplätze barrierefrei eingerichtet werden müssen. Welchen gesundheitlichen Belastungen sind Beschäftigte ausgesetzt, was tut die Mitbestimmung und welche Möglichkeit gibt ihnen der Gesetzgeber?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147

redaktion@boeckler.de

magazin-mitbestimmung.de



BRAUERSTR. 22, 85435 ERDING

Monika Heinemann (55) lebt mit ihrem Mann in Erding.

Von **Andreas Schulte**
Foto **Karsten Schöne**

„ Ich bin seit fünf Jahren selbstständige Schneiderin und fertige nach Maß Trachtenmode für Damen und Herren. Angefangen mit dem Schneiden habe ich schon als Kind mit Puppenkleidern. Es hat mich schon immer fasziniert, wie aus einem zweidimensionalen Stoff ein Kleidungsstück entsteht. Trachten waren für mich aber zunächst ein No-Go. Das Dirndl habe ich erst in den Nullerjahren für mich entdeckt. Ich habe damals erkannt, wie schön es ist, mit edlen Materialien zu arbeiten und Muster und Farben zu kombinieren, die man in der herkömmlichen Mode nie tragen würde. Nicht zuletzt: In einem Dirndl fühlt sich eine Frau einfach schön.

Zum Beruf wurde mein Hobby ausgerechnet in China. Mein Mann hatte dort einige Jahre beruflich zu tun. Ich bin mit dorthin gereist und habe meinen langjährigen Beruf als Bankangestellte aufgegeben. Ich war unsicher, wie ich meine Zeit in Peking sinnvoll gestalten würde. Also habe ich meine

Nähausrüstung inklusive zwei Nähmaschinen mitgenommen.

Dieser Entschluss hat mein Leben verändert: In Peking wird in drei deutschen Brauhäusern so etwas wie ein Oktoberfest gefeiert, außerdem ist man innerhalb der internationalen Community schnell gut vernetzt. So kam es, dass plötzlich alle Frauen ein Dirndl von mir haben wollten. Das Schneiden wurde für mich zur Vollzeitbeschäftigung, und ich dachte: In die Bank willst du eh nicht zurück, also schneiderst du auch in Deutschland.

Als wir dann 2019 in die Heimat zurückgekehrt sind, habe ich mir im Keller ein Atelier eingerichtet. In Bayern wird im Dirndl geheiratet, und auch Volksfeste steigern die Nachfrage. Im Moment kommen die Aufträge für das kommende Jahr herein. An einem Dirndl schneidere ich 20 Stunden – manchmal bis in die Nacht. Für mich ist es eine Belohnung, wenn sich eine Frau im neuen Dirndl gefällt und deshalb zu Tränen gerührt ist.“ ■



FILL
_THE

GAP

19. SEPTEMBER 2024
BERLIN UND DIGITAL

LABOR.A[®] 2024: FILL THE GAP

Lücken prägen die Auseinandersetzungen um die Transformation: Lücken im politischen Diskurs, im Finanzplan, in sozialen Fragen. Über diese Leerstellen und darüber, wie sie sich füllen lassen, will die Hans-Böckler-Stiftung auf der diesjährigen LABOR.A in Berlin diskutieren. Am 19. September lädt sie zum Austausch über eine

demokratische, von Fairness und Nachhaltigkeit geprägte Arbeits- und Wirtschaftswelt ein. Die Teilnahme ist sowohl live vor Ort als auch digital möglich.

Die Anmeldung zur Veranstaltung wird im Laufe des Sommers freigeschaltet.

Das gesamte Programm und Anmeldung: LABOR.A[®] 2024 (labora.digital)



WSI-HERBSTFORUM 2024

13.-14. NOVEMBER 2024
SRPEESPEICHER BERLIN

VERTEILUNGSKONFLIKTE: HERAUS- FORDERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Ungleichheiten bei Vermögen und Einkommen, drastisch gestiegene Lebenshaltungskosten und Reallohnverluste rücken die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands verstärkt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Sorge

um den Lebensstandard in weiten Teilen der Bevölkerung wächst. All diese Entwicklungen drohen Verteilungskonflikte zu verschärfen und die Demokratie zu destabilisieren.

Diskutieren Sie mit uns auf dem WSI-Herbstforum 2024.